

# Brühler Zeitung

Brühler Lokalanzeiger - Brühler Stadtanzeiger - Brühler Volkszeitung

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe 10 Wg. Reklamen 30 Wg. Offertengeld und Auskunftsgebühr 30 Wg. Bei anstandsloser Bezahlung oder Kontokorrent in jeder Hinsicht ermäßig. Platzverträge unverbindlich. — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur dann zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Amtsblatt der Stadt Brühl

Postfachkonto Köln 12742 \* Fernsprecher 2108.

Bezugspreis: Durch den Boten frei ins Haus oder durch die Post monatlich 1.50 M. einchl. Trägerlohn. Die Brühler Zeitung erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — Störungen infolge höherer Gewalt rechtfertigen keine Ersatzeinprüche.

Beilagen: Der Familienfreund \* Sport \* Aus der Welt der Frau \* Der praktische Landwirt \* Der Erzähler \* Der Mittelstand \* Sonntagsfreude \* Rundfunk Nr. 215 Dienstag, 13. September 1932 35. Jahrgang

## Ueberraschende Auflösung des Reichstages.

Eine hochdramatische Sitzung. — Antrag auf Aufhebung der Notverordnung. — Mißtrauensantrag gegen das Kabinett. — Dramatisches Intermezzo zwischen Reichskanzler und Reichstagspräsident. — Überwältigende Mehrheit gegen die Regierung. — Reichliche Meinungsverschiedenheiten.

### Der Reichstag aufgelöst.

Gestern nachmittag meldete das Wolffbüro: Der Reichstag ist durch Verordnung des Reichspräsidenten aufgelöst worden, weil die Gefahr bestand, daß die Verordnung vom 4. September aufgehoben werde.

#### Der Verlauf der Sitzung.

Berlin, 12. Sept. Die heutige entscheidende Reichstagsitzung nahm einen hochdramatischen Verlauf. Die Ereignisse überführten sich. Infolgedessen sind auch die Auffassungen über Einzelheiten und deren Rechtmäßigkeit verschieden. Nach Meldungen aus zuverlässiger Quelle war der Hergang der Dinge folgender:

Vor der Abgabe der Regierungserklärung gingen im Reichstag kommunistische Anträge durch, als erste Punkte auf die Tagesordnung die kommunistische Forderung auf Aufhebung der Notverordnung und das Mißtrauensvotum gegen die Regierung zu setzen.

Als der Reichstagspräsident über die Anträge abstimmen lassen wollte, erhob sich der Reichskanzler, um die Verlesung des Reichspräsidenten über die Auflösung des Reichstages zu verlesen. Der Reichstagspräsident Göring erteilte aber dem Reichskanzler nicht das Wort. Darauf übergab der Reichskanzler dem Reichstagspräsidenten das Schriftstück über die Auflösung des Reichstages und verließ mit der gesamten Regierung den Saal. Göring wies die Anwesenden zurück und ließ die Abstimmung durchführen, die die Annahme des Mißtrauensantrages gegen die Gesamtregierung und des Antrages auf Aufhebung der Notverordnung mit 512 gegen 42 Stimmen bei fünf Enthaltungen ergab. Erst dann verlas Präsident Göring die Auflösungsurkunde, erklärte sie für ungültig, weil sie von einer geführten Regierung unterzeichnet sei und beauftragte die nächste Sitzung für Dienstag nachmittag an.

Demgegenüber erklärte der Reichskanzler in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten Göring folgendes:

„Ich stelle fest, daß Sie entgegen dem Artikel 33 der Verfassung des Deutschen Reiches sich geweigert haben, mir in der heutigen Reichstagsitzung das Wort zu erteilen. Sie haben mich dadurch gezwungen, Ihnen die Auflösungsurkunde des Herrn Reichspräsidenten zu überreichen, ohne sie verlesen zu können. Mit diesem Augenblick war der Reichstag aufgelöst. Die von Ihnen nachher veranlaßte Fortsetzung der Sitzung und die von Ihnen geleitete Abstimmung waren verfassungswidrig. Auch jede weitere Versammlung und Beschlussfassung des aufgelösten Reichstages mit Ausnahme der im Artikel 35 der Reichsverfassung vorgesehenen Möglichkeiten würde gegen die Reichsverfassung verstoßen.“

Schon zu Beginn der denkwürdigen Reichstagsitzung spürte man, daß die Spannung zum höchsten gestiegen war und daß besondere Ereignisse bevorstanden. Die Tribünen waren bis zum letzten Platz gefüllt, die Abgeordneten sehr zahlreich anwesend und auch die Diplomatenlogen waren dicht besetzt.

Als die Regierung erschien wurde der Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung offenbar. Der Reichskanzler von Papen verbeugte sich grüßend vor den anwesenden auswärtigen Diplomaten, nahm

aber anscheinend vom Reichstag gar keine Notiz. Andererseits lehnte der Reichstagspräsident den Regierungsvertretern ostentativ den Rücken zu.

Als die Kommunisten ihren überraschenden Antrag stellten, der nachher den Anstoß zu dem dramatischen Verlauf der Sitzung gab, hätte der Widerspruch irgend eines Abgeordneten genügt, um zu verhindern, daß weiter darüber geredet wurde. Es kam aber kein Widerspruch, nicht einmal von den Deutschnationalen. Infolgedessen schritt Göring nach kurzer halbstündiger Vertagung zur Abstimmung. Der Wortmeldung des Kanzlers gab er nicht statt, mit der Begründung, daß er sich in der Abstimmung befinde. Über die Frage der juristischen Rechtmäßigkeit der einzelnen Vorgänge bestanden Meinungsverschiedenheiten. Jedenfalls hat aber vorläufig der Reichstag als aufgelöst zu gelten. Göring kündigte an, daß Länderregierungen durch Klage beim Staatsgerichtshof die staatsrechtliche Seite der Angelegenheit nachprüfen lassen würden.

Vorläufig besteht nun vom Reichstag nur der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung und der Auswärtige Ausschuss weiter. Der erste ist bereits von seinem Vorsitzenden einberufen worden. Er wird morgen zum Vorgehen der Regierung Stellung nehmen. Mag diese auch vorläufig formal ihren Platz behaupten. Die Abstimmung im Parlament, mag sie gültig oder ungültig sein, hat aber auf alle Fälle

gezeigt, daß die Regierung eine Mehrheit gegen sich hat, wie noch nie eine andere vorher. Darüber muß sie sich bei all ihren weiteren Handlungen klar sein. Trotzdem will sie weiter im Amt bleiben. Die „Germania“ schreibt dazu: „Das Experiment beginnt“. Wir sind der Meinung, daß das Experimentieren bereits mit der Bildung dieser Regierung begann und daß man aus einem Experiment ins andere hineinstolpert.

Die Regierung hat nach der Reichstagsauflösung gestern bereits mehrere Kabinettsitzungen abgehalten, um sich über die weitere Schritte schlüssig zu werden.

Die Sozialdemokraten kündigen bereits an, daß sie einen Antrag auf Volksentscheid zur Aufhebung der Notverordnung vom 4. September stellen werden.

Die Regierung möchte so tun, als ob sie die Gegnerschaft des Reichstages ignoriere. Aber sie täuscht niemand darüber hinweg, daß die 513 Stimmen, die ihr das schärfste Mißtrauen aussprachen, während nur 42 Anhänger der Volksvertretung hinter sie traten, eine vernichtende Sprache reden. Mag die Regierung vorläufig eine Majorität behaupten, sie wird schon bald einsehen müssen, daß auch sie nicht gegen das Volk regieren kann.

Berlin, 12. Sept. Nach der endgültigen amtlichen Feststellung über das Ergebnis der namentlichen Abstimmung des Reichstages am Montag sind für den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September und gleichzeitig für das von den Kommunisten beantragte Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Papen 512 Stimmen abgegeben worden. Gegen die Anträge stimmten 42 Abgeordnete, nämlich 35 Deutschnationalen und 7 Mitglieder der Deutschen Volkspartei. Von den Deutschnationalen hat sich jedoch der Abgeordnete Dr. Spahn der Stimme enthalten. Ferner haben sich der Stimme enthalten die 3

#### Rundgebung des Zentrums.

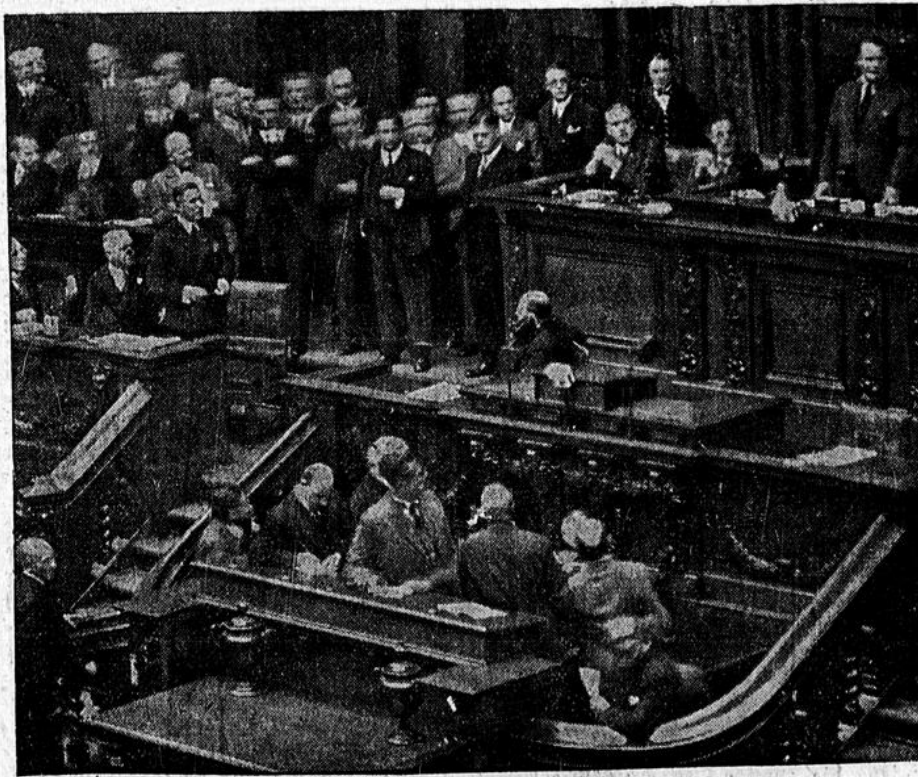
Die Zentrumsfraktion des Reichstages trat am Montagabend zu einer Sitzung zusammen, um die durch die Auflösung geschaffene Lage zu besprechen. Die folgende Verlautbarung fand nach eingehender Aussprache einstimmige Zustimmung der Fraktion:

Die Zentrumsfraktion erblickt in der von der Regierung ausgesprochenen Erklärung der Auflösung des Reichstages eine schwere Schädigung von Volk und Wirtschaft

und eine verhängnisvolle Verschärfung der innenpolitischen Spannungen und Gegensätze. Nach der Auffassung der Zentrumsfraktion hätte diese erneute Verschärfung unseres gesamten Volkslebens vermeiden werden können und müssen.

Die Zentrumsfraktion hat nichts unversucht gelassen, um alle positiven Möglichkeiten zu einer sachlichen Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Volksvertretung auszuschnüpfen. Die Reichsregierung hat indessen jeden derartigen Versuch vereitelt. Die Zentrumsfraktion muß daher jede Verantwortung für die verhängnisvollen Folgen dieser Auflösung ablehnen, die weder dem Wortlaut noch dem Geiste der Verfassung entspricht.

Getreu ihrer bewährten Ueberlieferung als Verfassungspartei und als Hüterin der Volksrechte wird die Zentrumsfraktion ihren Weg unbeirrbarer Sachlichkeit zum Wohle des Volksganzen mit äußerster Entschlossenheit fortsetzen.



Der entscheidende Augenblick im Reichstag.

Reichskanzler von Papen verlangt das Wort und erhebt sich, da er es nicht erhält, um das Auflösungsdekret des Reichstages dem Präsidenten zu überreichen, der ihm den Rücken kehrt.

Abgeordneten des Christlich-Sozialen Volksdienstes, Behrens, Schmidt (Westfalen) und Simpfendorfer sowie der Abgeordnete der Volksrechtspartei Bauer (Stuttgart), so daß sich im ganzen 5 Stimmenthaltungen ergeben. Ueberhaupt nicht an der Abstimmung teilgenommen haben die 4 Mitglieder der Staatspartei, die 2 Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei und die 2 Wirtschaftsparteiler.

Die nach der Plenarsitzung in Aussicht genommene Sitzung des Ältestenrates des Reichstages wurde wieder abgefragt. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ältestenrates hätten sich an dieser Sitzung nicht mehr beteiligt, weil sie die Auffassung vertreten, daß der Ältestenrat durch die Auflösung mit betroffen worden ist. Da auch die Vertreter der Zentrumsfraktion dem Reichstagspräsidenten gegenüber erklärt haben, daß nach ihrer Ansicht der Reichstag nicht mehr vorhanden sei, hat Präsident Göring die für Dienstag in Aussicht genommene Sitzung des Reichstages abgefragt.

Als Mitglied des Ältestenrates und zugleich als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses des Reichstages hat der sozialdemokratische Abgeordnete Löbe, wie das Nachrichtenbüro des W.D. hört, folgenden Brief an den Reichstagspräsidenten Göring gerichtet:

„Sehr geehrter Herr Präsident! Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ältestenrates nehmen an der von Ihnen einberufenen

nen Verleihenratssitzung nicht mehr teil, da der Verleihenrat durch die Auflösung des Reichstages mit betroffen worden ist.

Die staatsrechtlichen Fragen, die in Ihrer Schlussansprache aufgeworfen wurden, gehören vor den Ausschuß zur Wahrung der Rechte des Parlaments, der von der Auflösung nicht betroffen wird. Als Vorsitzender berufe ich diesen Ausschuß ein und werde den Zeitpunkt der Sitzung noch heute bekanntgeben.

Wie aus einer Pressebesprechung in Berlin gemeldet wird, hat dort Reichsinnenminister Frhr. von Gahl erklärt, die Regierung habe sich noch nicht über Neuwahlen unterhalten. Erwägungen darüber müssen den nächsten Tagen vorbehalten bleiben. Das Kabinett werde der Regierung Vorschläge unterbreiten. Im Rundfunk wurde gestern Abend noch mitgeteilt, daß Frhr. von Gahl erklärt habe, Neuwahlen würden stattfinden, wenn im Lande die Ruhe und Ordnung nicht gestört werde.

Es ist also noch nichts festgelegt. Jedenfalls aber ist zu erwarten, daß die Regierung vor den Wahlen noch das Wahlrecht ändern will. Ferner erwartet man, daß sie aktiv in den Wahlkampf eingreifen und dazu den Rundfunk benutzen werde.

Wie die Dinge liegen, stehen wir einem offenen Verfassungskonflikt zwischen Regierung und Parlament gegenüber. Das Kabinett hat eine sehr schwere Verantwortung auf sich geladen. Die Entwicklung der nächsten Zeit wird so ernste Ereignisse mit sich bringen, daß noch gar nicht zu übersehen ist, was weiter kommen wird.

## Ginwidrig

1. Mit vornehmer Handbewegung möchten die Regierungsmitglieder die Tatsache abtun, daß sie im Parlament noch nicht einmal eine beachtliche Minderheit auf ihrer Seite haben. Sie berufen sich auf die Autorität des Reichspräsidenten, des Reichspräsidenten, der von ihren Anhängern, den Deutschnationalen und dem Stahlhelm, nicht gewählt worden ist, für den sich aber gerade jene Volkskreise in der Wahl einsetzten, deren rechtmäßig gewählte Vertreter jetzt so geringfügig behandelt werden. Ausgerechnet der Stahlhelm befürchtete die Regierung in dieser Haltung mit einer Erklärung, daß er eine nationale Staatsführung verlange, die sich auf sich selbst stützt und nur eine „Verantwortung dem ganzen Volke gegenüber“ leiste. Mit Verlaub, ihr Herren, wie soll denn dieser Verantwortung Genüge geschehen, wenn das Parlament, die vom Volk selbst berufene Vertretung seiner Interessen, bewußt ausgeschaltet wird?

Wir können nicht umhin, bei dieser Gelegenheit an einen Auspruch zu erinnern, den Reichspräsident von Hindenburg bei seinem Amtsantritt 1925 anlässlich seiner Vereidigung auf die Verfassung getan hat. Er sagte damals:

„Reichstag und Reichspräsident gehören zusammen, denn sie sind beide unmittelbar aus den Wahlen des deutschen Volkes hervorgegangen. Aus dieser gemeinsamen Grundanlage leiten sie ihre Rechtmäßigkeit her. Beide zusammen bilden erst die Verkörperung der Volkssouveränität, die die Grundlage unseres gesamten heutigen Verfassungslebens bildet. Das ist der tiefe Sinn der Verfassung, auf die ich mich soeben durch mein Mandat verpflichtet habe.“

Das Wort hat auch heute noch seine Geltung.

## Vollendete Tatsache.

13. September 1932.

Die Regierung hat den entscheidenden Schritt bereits getan und den Reichstag aufgelöst. Man bedenke: Eine Regierung, die unter mehr als fiktivem Umstande zustande kam, die sich selbst als „Kabinett der nationalen Konzentration“ bezeichnete, die als ihre erste Tat die Auflösung eines Reichstages vornahm, der über eine arbeitsfähige, sichere Mehrheit verfügte, mit der fadenscheinigen Begründung, daß die Zusammenfassung des Reichstages nicht mehr dem Willen des Volkes entspreche, diese gleiche Regierung löst dann den neu gewählten Reichstag auf, bevor er überhaupt zum Handeln kommt, nur weil sie sieht, daß sie in diesem Parlament außer dem Häuflein der Deutschnationalen, dieser verschwinnenden Minderheit, nur Gegner vor sich hat.

Es ist nicht zu leugnen: Dieses Parlament ist der Ausdruck des Volkswillens. Die Bemühungen, eine arbeitsfähige Mehrheit zu bilden, sind durch den Schritt der Regierung zerschlagen worden. Man kann diesen gar nicht anders auslegen, als

daß man daraus den Willen entnimmt, ohne das Volk, gegen dessen rechtmäßig gewählte Vertretung zu regieren. Selbst unbedingte Anhänger des Kabinetts von Papen waren in den letzten Tagen bedenklich geworden und warnten vor den schweren Schäden, die mit Neuwahlen, mit der schweren Unruhe eines neuen Wahlkampfes verbunden seien. Es soll uns nichts erspart bleiben. Gerade jetzt, wo leise Ansätze wirtschaftlicher Besserung sich zeigen, hätten wir so bitter notwendig eine ruhige Entwicklung gehabt.

Im Volke wird durch diese Methode das tiefe Mißtrauen wach, daß man versuchen will, das Parlament dem Volke durch gefälschte Wahlen zu verleißen.

Die ganze Verwirrung der innerpolitischen Lage bei uns erblickt aus der Tatsache, daß gerade jene Volkskreise, die in der Präsidentenwahl für Hindenburg eingetreten sind, jetzt von der Regierung ausgeschaltet werden sollen. Geflüstelt wird, daß eine dienstfertige Presse des Kabinetts Darstellungen ins Volk, die in raffinierter Weise darauf abzielen, Parteien und Parlament verächtlich zu machen und als arbeitsunbrauchbar, als schädlich hinzustellen. Mit kräftigen Farben wird dagegen der Segen einer selbständigen Regierung ausgemalt. Angesichts solcher Versuche können wir nur auf die Vorkriegszeit

verweisen. Da hatten wir eine solche Regierung. Was das Volk davon erntete, das haben die letzten 20 Jahre bitter bewiesen. Wir haben noch nicht vergessen, was wir mitgemacht haben.

Gewiß, wir haben auch in den letzten Jahren die schädlichen Wirkungen der Ueberspannung des Parteigedankens kennen gelernt. Aber darum soll man nun nicht wieder ins andere Extrem fallen. Der rechte Weg liegt wie immer in der Mitte. So steht ihn auch die Verfassung vor: Eine Regierung, durch das Vertrauen des Reichspräsidenten berufen, soll in starker Autorität die Führung haben, aber sie soll als Gegengewicht gegen Anschläge in eine falsche Richtung auch das Vertrauen einer Mehrheit der Volksvertretung besitzen. Nur ein Zusammenwirken der drei Faktoren Reichspräsident, Regierung und Reichstag vermag erprobte Erfolge zu zeitigen. Jedes Gegeneinander birgt die Gefahr schwerer Krisen in sich. Insbesondere aber muß das Volk aus der neuesten Auflösung des Reichstages schließen, daß man durch fortgesetzte Wahlen dem Volke den Sinn für die Anteilnahme an seiner politischen Mitbestimmung nehmen will. Man täusche sich nicht. Das muß in der Volkseele bitterste Empfindungen auslösen, die einmal böse explodieren werden, zumal

wenn diesem gleichen Volke immer neue Opfer zugemutet werden, wenn man ihm ein wirtschaftliches Sanierungsprogramm vorsetzt, und dessen unter schmerzlichen Opfern zu erkaufende Erfolgsaussichten durch einen unnötigen Wahlkampf zerstört.

Wir fühlen tiefe Sorge um deutsches Schicksal. Fühlen diese Sorge um so tiefer in diesen Tagen, da die Fragen deutscher Wehrfähigkeit, allgemeiner Abrüstung und endgültiger Schuldenliquidation im entscheidenden Endstadium stehen. Das deutsche Volk muß jetzt außenpolitisch eine Front bilden. Wie soll aber eine Regierung Erfolge erzielen, die innerpolitisch die große Mehrheit des Volkes gegen sich hat?

Was soll ein neuer Wahlkampf? Wer glaubt denn, daß jetzt bei Neuwahlen eine Mehrheit für die Regierung herauskommen wird? Kein Mensch! Und was dann? Dann sind wir genau so weit wie heute. Unser Abgeordneter Noos hat recht behalten als er in den ersten Tagen des Monats Juni das Wort prägte der Schritt von Brüning zu Papen ist ein Sprung aus der verantwortungsvollen, sachlich fundierten Politik ins Experiment. Der forsche Ton kann die aus reichen Wissen und klugem Geschick geschöpfte Regierungskraft eines Brüning nicht ersetzen. Armes Deutschland!

# Reichskanzler von Papen im Rundfunk.

Die Regierungserklärung. — Scharfe Polemik gegen Goering. — Ankündigung von Verfassungsänderungen und Reichsreformen.

Reichskanzler von Papen hat seine angekündigte Programmrede, die er im Reichstag nicht halten konnte, am Montagabend im Rundfunk gehalten. Er führte u. a. aus:

Ich spreche heute zum deutschen Volke, weil der soeben aufgelöste Reichstag es nicht einmal für notwendig befunden hat, eine Erklärung der Regierung über das von ihr verfolgte Programm entgegenzunehmen. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, stellte der kommunistische Abgeordnete Torgler den Antrag, über die von der kommunistischen Partei eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung und auf Aufhebung der Notverordnung vom 4. September abzustimmen. Ein Widerspruch gegen diesen Antrag des kommunistischen Abgeordneten erfolgte nicht. Aber auf Antrag der Nationalsozialisten wurde der Reichstag auf eine halbe Stunde vertagt. Nach Ablauf dieser Pause erklärte der Reichstagspräsident, daß er nunmehr über den Antrag Torgler, d. h. also über die gegen die Regierung eingebrachten Mißtrauensanträge und die Anträge über die Aufhebung der Notverordnungen abstimmen lassen werde. Ich, der Reichskanzler, erhob mich und verlangte das Wort zu einer Erklärung der Reichsregierung. Nach Artikel 33 der Verfassung war der Präsident verpflichtet, mir als Vertreter der Regierung das Wort zu erteilen. Entgegen dieser Verpflichtung hat er mir das Wort nicht erteilt. Ich erbat ein zweites Mal das Wort, das mir wiederum verweigert wurde. Hierauf überreichte ich dem Reichstagspräsidenten das Auflösungsdekret des Herrn Reichspräsidenten, da ich also nicht die Möglichkeit hatte, dem Reichstag es selbst zu verlesen. In dem Augenblick der Uebergabe dieses Dekrets war nach der Verfassung der Reichstag aufgelöst. Die Abstimmungen, die der Reichstagspräsident danach hatte stattfinden lassen, sind verfassungswidrig und damit rechtswidrig.

Die kommunistische, aus Moskau zugerufene Abgeordnete Klara Zetkin ist von dem Reichstag mit Andacht in ihren Deklamationen angehört worden. Die Erklärung einer nationalen Regierung aber weigert sich die deutsche Volksvertretung auch nur zu hören. In dieser Stunde liegt mir daran, dem deutschen Volke nunmehr auf diesem Wege erneut Rechenschaft zu erteilen über das bisherige Handeln der Regierung und das weitere Ziel, das sie im Interesse der Gesundheit der Nation verfolgt.

Die erste und dringendste Aufgabe war die Erledigung der Reparationsfrage. Nachdem länger als ein Jahrzehnt der ungeheure Druck der Reparationen auf unserem Lande gelastet hat, ist in Lausanne unter das ungeliebte Kapitel ein Strich gezogen worden.

Schon in Lausanne habe ich den Anspruch Deutschlands vor der ganzen Welt angemeldet, das deutsche Volk mit gleichen Rechten und Pflichten in der Welt behandelt zu werden. Aus diesem Grunde haben wir jetzt die zweite Frage unserer Gleichberechtigung in Anknüpfung genommen, die Frage der Abrüstung.

Wir würden auch die weitestgehenden Abrüstungsvorschläge für Deutschland annehmen, vorausgesetzt, daß sie gleichzeitig für alle Staaten gelten. Aber es ist für uns unerträglich, weiterhin als ein Volk zweiter Klasse behandelt zu werden

und weiterhin schutzlos unter den waffenstarken Staaten des europäischen Festlandes dazustehen. Jedes Lebenswesen macht Anspruch auf Sicherheit, die ihm sein Dasein gewährleistet. Diesen Anspruch nehmen auch wir als unser natürlich bestehendes Recht in Anspruch. Wir wollen den Frieden, aber keine kriegerischen Abenteuer. Wir lehnen jedes Betrüben ab. Niemand hat mit größerer Hoffnung auf die Arbeit der Abrüstungskommission geblickt als Deutschland. Das Ergebnis ihrer ersten fünf Monate hat uns grausam enttäuscht. Trotz Völkervertrag, Locarno- und Kellogg-Pakt versucht man, sich den Verpflichtungen zur Abrüstung zu entziehen. Was ist aus dem ausgezeichneten Vorhaben des Präsidenten der Vereinigten Staaten geworden? Man hat ihn mit schönen Worten begrüßt. Was in Genf beschlossen worden ist, das ist keine Abrüstung. Von diesem Augenblick an mußten wir die Frage unserer Gleichberechtigung, die schon in Lausanne aufgeworfen worden war, zur Entscheidung bringen. Wir können an den weiteren Arbeiten der Konferenz nicht teilnehmen, bevor diese Frage nicht in unserem Sinne geklärt ist. Wir wissen, daß wir in diesem Kampfe nicht allein stehen. Mit Genugtuung können wir feststellen, mit welchem Ergebnis der Regierungschef eines uns befreundeten großen Volkes in aller Öffentlichkeit unseren Standpunkt ausgedrückt hat. Man könnte keine besseren Worte für die gleiche Sicherheit finden als die, welche Herr Mussolini in seinem gestern veröffentlichten Artikel ausgesprochen hat.

Wie Sie wissen, ist

die französische Antwort

auf unsere Mitteilung gestern in Form einer Note dem Außenministerium überreicht worden. Das Kabinett hat sich naturgemäß mit ihr noch nicht befassen können. Dennoch ist schon zu sagen, daß der Inhalt der Note nicht geeignet ist, die Lösung dieses ersten Problems zu fördern. Ueber die Schritte, die wir zur weiteren Behandlung in der lebenswichtigen Frage zu tun geben, wird das Kabinett in den nächsten Tagen Beschluß fassen. Unsere Entscheidung wird von der Ueberzeugung getragen sein, daß es hier um die Ehre und das Lebensrecht unserer Nation geht.

Die ungeheuren wirtschaftlichen und sozialen Spannungen, unter denen die Welt leidet, macht es den Staatsmännern der großen Länder zur Pflicht, alle Maßnahmen zu ergreifen, um die europäische Wirtschaft zu stabilisieren. Deutschland hat dieser Idee fortdauernd Opfer gebracht. In diesen Tagen unternimmt es einen gigantischen Versuch, Arbeit und soziale Befriedung zu schaffen. Diese ungeheure Anstrengung sollte von unseren Nachbarn auch im europäischen Sinne gewürdet werden.

Das größte Stück des Weges durch das Arzital ist zweifellos zurückgelegt, und wir sind zu der Hoffnung berechtigt, daß es in absehbarer Zeit den inneren Heilkräften der Wirtschaft gelingen wird, die Krankheitsstoffe endgültig auszuschleiden. Diesen Augenblick hat die Reichsregierung für den richtigen gehalten, um mit dem Ihnen ja bekannten Wirtschaftsprogramm in den Angriff zu beginnen.

Die Hemmungen, die bisher den freiwilligen Arbeitsdienst an seiner Entwicklung gehindert haben, sind von uns beseitigt worden. Die Zahl von 50 000 Arbeitsdienstwilligen, die wir bei unserem

Amtsantritt voranden, ist inzwischen auf rund 200 000 gestiegen. Wir haben das durch die Ausstattung des freiwilligen Arbeitsdienstes mit einem Betriebsvermögen von 75 Mill. Mark aus öffentlichen Mitteln erreicht. Die bauerliche Siedlung wird von der Reichsregierung als eine der bedeutsamsten nationalpolitischen Fragen angesehen. Aber auch hier sind zunächst schwierige Aufräumarbeiten zu leisten. Das Nebeneinander von Reichsverwaltung und preußischer Verwaltung ist überwunden. Ein großzügiger Siedlungsplan kann also nun durchgeführt werden, zumal außer dem im Etat vorgesehenen 50 Mill. M. weitere 50 Mill. Mark für die Siedlung entschuldungsunfähiger Güter vorgehalten sind.

Ein großzügiger, die Gesamtwirtschaft umfassender Plan ist in dem Ihnen bekannten Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung dem Reichstag vorgelegt worden. Es ist bei der Durchführung die besonders schwere Aufgabe der Reichsregierung, den richtigen Ausgleich zwischen den Interessen der Gesamtwirtschaft und dem besonderen Ziele zu schaffen, auch für die Landwirtschaft wieder erträgliche Verhältnisse herbeizuführen. Das bedeutet: Hebung der Kaufkraft der Konsumenten für landwirtschaftliche Produkte, Fernhaltung der vom Weltmarkt ausgehenden Störungsmomente durch Kontingenterung bestimmter Einfuhrartikel, Minderung der Lasten durch Zins- und Steuerentlastung.

Alle Maßnahmen der Reichsregierung zur Wiederbelebung der Wirtschaft dienen, wie schon gesagt, dem einen großen Ziel, dem Sieg über die Arbeitslosigkeit. Das ist beste Sozialpolitik, die nur gemacht werden kann. Selbstverständlich bekennt sich die Reichsregierung zu der christlichen Pflicht des Staates, gegenüber den Schutzbedürftigen, insbesondere den Kranken, verletzten und invaliden Arbeitnehmern.

Wir lassen uns von niemand im deutschen Volke an sozialer Gesinnung übertreffen. Unsozial ist, wer unerfüllbare Wünsche vergeblich zu erfüllen trachtet und dadurch Arbeitsmöglichkeiten zerstört. Sozial aber handelt, wer durch den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit dafür sorgt, daß das soziale Gut der Völker dauernd erhalten bleiben kann.

Es ist darauf hingewiesen worden, daß in

Besprechungen zweier großer Parteien

Möglichkeiten für wirkliche Arbeitsbeschaffung gefunden seien. Damit ist wohl der Arbeitsbeschaffungsplan gemeint, den der Präsident des Landgemeindetages mit einer Anzahl von Verbänden aller Parteirichtungen ausgearbeitet hat. Die Reichsregierung begrüßt diesen Plan aufs dankbarste.

Sie steht mit dem Ausschluß in ständiger Verbindung, um auch auf diesem Wege, d. h. von der Seite der Selbstverwaltung her, neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, und muß nur darauf achten, daß bei Durchführung dieses Programms nicht Wege beschritten werden, die zu einer Gefährdung unserer Währung führen könnten. Ich bin überzeugt, daß unter dieser Voraussetzung die soeben erwähnten wertvollen Gedanken verwirklicht werden können. Nur wenn es möglich sein wird, die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Winter entscheidend zu verringern, werden wir die Unterstützung für die Arbeitslosen, die auch wir gegen-

neue  
an ihm  
gramm  
Opfern  
einen

deutsches  
so tiefer  
deutscher  
ung und  
im ent-  
deutsches  
eine  
regierung  
die gro-  
hat?  
Wer  
olen eine  
heraus-  
und was  
weit wie  
os hat  
Tagen  
igte der  
ist ein  
gvolles  
periment.  
schen Wif-  
te Regie-  
egen. Ar-

ik.

ormen.

chen auf  
das durch  
Arbeits-  
digen von  
Mitteln er-  
bedlung  
eine der  
n Fragen  
zunächst  
zu leisten.  
verwaltung  
überwun-  
plan kann  
mal außer  
M. M. we-  
bildung ent-  
fesseln sind.  
ntwirtschaft  
nen bekann-  
m der  
vorgelegt  
führung die  
Reichsregie-  
rungen, den  
irtschaft  
chaffen, auch  
eder erträg-  
n. Das be-  
der Konju-  
Produkte,  
t ausgehen  
ontingente  
Minderung  
uersehung.  
Reichsregierung  
chaft dienen,  
zu hohen Ziel.  
Das ist  
macht werden  
nt sich die  
lich-fitt-  
egenüber den  
den fran-  
betriebern,  
im deut-  
nung über-  
allbare Win-  
iet und da-  
stört. Sozial  
ampf gegen  
daß das so-  
verhalten blei-

worden, daß  
her Par-

Arbeitsbeschaf-  
wohl der  
int, den der  
betages mit  
aller Partei-  
Die Reichsre-  
aus dank-

in ständiger  
sem Wege, d.  
verwaltung her,  
schaffen, und  
bei Durchfüh-  
t Wege be-  
Gefährdung  
nten. Ich bin  
Vorausehung  
den Gedanken  
nur wenn es  
der Arbeits-  
scheidend zu  
Unterstützung  
wir gegen-

wärtig für zu niedrig erachten, erhöhen können. Das gleiche gilt für die Erhöhung der Renten.

Niemand in der Reichsregierung denkt daran, die wohlverordneten Rechte des öffentlich-rechtlichen Versicherungsschutzes zu beseitigen, den Arbeiterschutz aufzuheben oder die befristeten Merkmale des Tarifvertrages zu zerstören. Das Mißtrauen, das in dieser Hinsicht der Ermächtigungsverordnung entgegengebracht wird, ist grundlos. Wir werden vor dem Erlaß der Vollzugsverordnungen alle Beteiligten hören.

Alle Maßnahmen, die in den Verordnungen vom 4. und 5. September niedergelegt sind, gelten für eine Uebergangszeit von 12 Monaten. In dieser Zeit entscheidet sich die Zukunft unserer Wirtschaft und damit die unseres Staates. Die Reichsregierung wird mit eiserner Strenge gegen alle Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer bereichern wollen. Mißlingt der Plan der Reichsregierung, über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben, ihm seine volle Leistungsfähigkeit zurückzugeben, dann ist das freie Unternehmertum verloren, dann werden jene die Oberhand gewinnen, welche den gesamten Bereich der Wirtschaft der staatlichen Regelung unterwerfen wollen. Wehe dem Unternehmertum, wenn es nur an den eigenen Nutzen denkt, und nicht an das große Ganze, wenn es nicht seine Stunde erkennt.

Als letzter der europäischen Staaten hat Deutschland nach dem Zusammenbruch im Jahre 1918 sein staatliches Leben auf den Doktrinen einer rein formalen Demokratie aufgebaut. Vierzehn Jahre sind seitdem ins Land gegangen und haben uns gelehrt, daß der Notbau von Weimar Konstruktionsfehler aufweist. Die Reichsregierung hat seit dem ersten Tage ihres Bestehens betont, daß sie ihre historische Mission in der Beseitigung dieser Konstruktionsfehler erblickt.

Verfehlt würde es sein, an die Stelle wechselnder Parteikoalitionen die Diktatur einer Partei zu setzen. Das ist eine Staatsform, die möglicherweise den Bedürfnissen anderer Länder, niemals aber dem deutschen Volke entspricht.

Die Reichsregierung ist der Ansicht, daß das System der formalen Demokratie im Urteil der Geschichte und in den Augen der Nation abgewirtschaftet hat und nicht mehr zu neuem Leben erweckt werden kann. Aus der heutigen Forderung unseres Staatslebens heraus und in gesunde Verhältnisse kann uns nur die Herstellung einer wahrhaft unparteiischen nationalen Staatsführung, die sich als unantastbarer Hort der Gerechtigkeit erweist, gestützt auf die Macht und die Autorität des vom Volke gewählten Reichspräsidenten.

Der Staat muß sich der geistigen und religiösen Grundlagen bewußt sein, auf denen er beruht. Alle Autorität des Staates hat ihren Ursprung in Gott, auch wenn die Träger des Amtes vom Volke bestimmt werden. Die Reichsregierung wird den Kulturbolschewismus in jeder Form bekämpfen, der die geistigen Grundlagen des Volks- und Staatslebens zerstört. Die Erziehung der Jugend muß wieder unter den Gesichtspunkt gestellt werden, ein Geschlecht aufzubauen, das fähig ist, den Staat zu tragen. Die ewigen Mächte des christlichen Glaubens müssen die Grundlage der Erziehung der Nation sein.

Die grundsätzliche Beseitigung der Schäden, die aus der Staatsführung der letzten dreizehn Jahre entstanden sind, kann nur durch eine

#### Reform der Verfassung

gefunden werden. Wir werden diese Frage nicht überstehen und nur in Übereinstimmung mit den Ländern der Lösung zuführen. Das Wahlrecht bedarf des Umbaus. Die Heraushebung des Wahlalters wird Schule und Universität in weitem Maße von politischer Radikalisierung befreien, der sie heute zum Opfer zu fallen drohen. Es wird geprüft werden, ob und wie die Volksvertretung in Zukunft organisch mit den Selbstverwaltungskörpern verbunden werden kann.

Die Frage Reich — Preußen wird im Rahmen der Verfassungs- und Reichsreform gelöst werden. Wir werden den geschichtlich gewordenen preussischen Staat nicht zerlegen. Notwendig aber ist eine organische Verbindung der preussischen Regierung mit der des Reiches. Die Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen wird die Gegenständlichkeit der anderen deutschen Länder nicht antasten.

Ich hatte die Absicht, von der Tribüne des deutschen Volke gewählten Hauses in dieser entscheidungsvollen Stunde die erwählten Vertreter des Landes aufzufordern, dem Lande dadurch zu dienen, daß sie der Reichsregierung die Durchführbarkeit ihres Programms ermöglichen. Die Volksvertretung hat mich daran gehindert; sie hat es nicht gewollt. Darum rufe ich dem Lande in dieser Stunde zu: Mit Hindenburg und für Deutschland!

## Erste Pressestimmen.

Zu den gestrigen Vorgängen im Reichstag schreibt die Frankfurter Zeitung u. a.: Die Taktik des nationalsozialistischen Präsidenten war nicht etwa eine temperamentvolle Leichtsinnigkeit, sondern ein planmäßiger Anschlag, der den Zweck hatte, den latenten Konflikt zwischen Reichstag und Reichsregierung in einen offenen Kampf überzuführen. Dieser Anschlag war nur möglich, auf der Basis eines überaus großen Mißbrauches der Amtsgewalt des Reichstagspräsidenten und eines fast ebenso großen Mißbrauches jener Verhandlungen und Vereinbarungen, die ein parlamentarisches Bündnis zwischen Zentrum und NSDAP zum Gegenstand hatten. Vor allem aber wurde Herrn Goering das Geschäft durch die Taktik der Kommunisten und die Hilflosigkeit der durch die ganze sehr rasche Entwicklung der Szene offenbar um ihre Geistesgegenwart gebrachten Parlamentarier in einer für den Zuschauer fast aufregenden Weise erleichtert. Eine Krise, so heißt es in der Frankfurter Zeitung weiter, werde aus der gestrigen Szene nicht entstehen; damit entfalle auch für die Reichsregierung jeder Vorwand, den geraden Weg der Verfassung zu verlassen. Vielleicht ende dieser Tag lediglich mit der Perspektive einer Staatsrechtlichen Komödie. Vielleicht aber sei der Weg zu einer Konsolidierung der deutschen Politik sehr viel langwieriger geworden.

Die Germania spricht von dem merkwürdigen Abschluß eines Konfliktes, der nicht so sehr durch seinen ohnehin mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwartenden Ausgang, als durch die besonderen Verwicklungen der letzten Stunden bemerkenswert sei. Zur Kanzlererklärung schreibt das Blatt, manches, was der Reichskanzler ausführte, darf gewiß auf weitgehende Billigung rechnen. Aber wenn man hier und da seine Zustimmung äußern kann, so ist man gegenüber anderen Zielen zu umso schärferer Ablehnung genötigt. Wir finden, daß noch niemals eine politische Doktrin starrer festgehalten und durchgeführt wurde als die, um deretwillen die Reichsregierung jetzt das deutsche Volk in neue und verhängnisvolle innere Kämpfe gestürzt hat.

Der Vorwärts bringt einen ganzseitigen Aufruf der S.P.D., in dem zum Kampf gegen Hitler und Papen aufgefordert wird. Das Blatt ist der Auffassung, daß Nationalsozialisten und Zentrum die volle Verantwortung dafür tragen, daß ein rechtsgültiger Beschluß zur Aufhebung der Notverordnung nicht zustande gekommen sei, da der Kanzler in der halbseitigen Pause die Auflösungsordres beschaffen konnte. Die Programmrede des Kanzlers sei eine außerordentlich scharfe Kampfansage an einen großen Teil des Volkes.

Der Berliner Lokalanzeiger nennt die Sitzung das groteske Schauspiel eines Parlaments in der Agonie und fragt: Was wollen die Nationalsozialisten gegen ein zum großen Teil schon Tat gewordenes Regierungsprogramm einwenden, das all die von ihnen preisgegebenen Grundsätze zu Wirkung und Ehren bringt?

Die Kölnische Volkszeitung schreibt, die Regierung habe formell gesiegt, durch ihr Umgehen sei jedoch das politische und nationale Gefüge des deutschen Volkes in einer Weise erschüttert, die ihr auch die Verwirklichung der besten Absichten unmöglich mache. Der Kampfplatz sei nunmehr ins deutsche Volk verlegt. Etwasige Experimente könnten und müßten Stürme entfachen, die kein Patriot wünschen dürfe.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung bejaht die Rechtsgültigkeit der Auflösungsverordnung und fordert, daß die Reichsregierung ihr Programm mit äußerster Energie in die Tat umsetzen müsse.

## Die französische Antwortnote

WTB Berlin, 12. Sept. In der Antwort, die die französische Regierung auf die deutsche Denkschrift zur Gleichberechtigungserklärung erteilt hat, heißt es u. a.:

Nach der Mitteilung an unseren Botschafter wünscht die Berliner Regierung zunächst in eine vertrauliche Aussprache mit uns einzutreten. Sie gibt einem Wunsch nach Offenheit Ausdruck, dem die französische Regierung rückhaltlos und ohne Hintergedanken zu entsprechen beabsichtigt.

Die deutsche Regierung beruft sich darauf, daß der Verlauf der Abrüstungskonferenz möglicherweise unbefriedigend bleiben wird. Es bedarf kaum eines Hinweises darauf, daß diese Auffassung den Ereignissen vorgeht und sich bei gerechter Bewertung des bereits Geschehenen nicht rechtfertigen läßt. Die Regierung der französischen Republik ist sich bewußt, alles getan zu haben, was in ihrer Macht lag, um ein ordnungsgemäßes Fortschreiten der Arbeiten der Konferenz zu ermöglichen. Sie hat die von ihr aufgestellte These hinsichtlich der Sicherheit für einen späteren Zeitpunkt zurückstellen lassen; sie hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Prüfung dieser These ebenso lange verschoben wurde wie dies von Deutschland für die Prüfung seiner Forderung auf Gleichberechtigung verlangt wurde. Sie hat überdies ihren Willen zur Herabsetzung der Rüstungen dadurch bewiesen, daß sie im französischen Parlament einen Antrag auf Herabsetzung der Wehrausgaben um etwa eine Milliarde 500 Millionen Franken zur Annahme brachte; diese Herabsetzung entspricht, wie erkennbar, dem Jahresbetrage an Reparationen, auf den sie verzichtet hat.

Was die Weiterführung der Konferenzarbeiten angeht, so bleibt der Geist, in dem die Regierung der französischen Republik daran teilnehmen wird, derselbe. Schwerpunkt und Stütze ihrer Auffassung ist der Artikel VIII der Völkerbundsatzung. Unsere grundsätzliche Auffassung ist, daß man nicht nach Aufrüstung einzelner streben darf, sondern nach einer kontrollierten allgemeinen Abrüstung.

Wenn die deutsche Regierung sich für berechtigt erklären wollte, ihren eigenen Rüstungsstand unter Berufung darauf zu ändern, daß von dem jetzt in Vorbereitung stehenden Abkommen nur unzureichende Ergebnisse zu erhoffen seien, so würde sie nicht nur den klaren Verpflichtungen aus dem von ihr unterzeichneten Vertrage zuwiderhandeln, sondern sie würde durch ihre Haltung auch die künftige Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung, wie sie sie ihrer eigenen Erklä-

rung nach wünscht, unmöglich machen. Das Ziel ist, zu einem Abkommen zu gelangen, das den Völkern wirkliche Friedensgarantien bietet und eine Erleichterung ihrer Lage ermöglicht. Wenn Deutschland die Ab-

## Waltendes Schicksal in aller Welt.

#### Waffenfunde bei SA-Leuten.

Sprottau, 10. Sept. Bei den durch Beamte der Landes kriminalpolizei und Landjäger am 9. d. M. in Wallmuth im Kreise Sprottau vorgenommenen Ermittlungen und Hausdurchsuchungen wurden in der Wohnung des SA-Mannes Hans Burgardt von Diebitz ein Gewehr (Modell 98) und in dem Hause des NSDAP-Mitgliedes u. SA-Mannes Alrich zwölf Gewehre (Modell 98) und etwa 2500 Schuß Munition vorgefunden. Die Waffen waren im Stroh versteckt und sollen von Diebitz besorgt worden sein, der den Beamten Angaben über die Herkunft der Waffen verweigerte. Munition und Waffen wurden sichergestellt.

#### Kommunistische Geheimdruckerei ausgehoben.

Flensburg, 10. Sept. Die Kriminalpolizei entdeckte in einer Arbeiterwohnungs blick vor der Stadtgrenze eine kommunistische Geheimdruckerei. Bei einer Durchsuchung, die zusammen mit der Landjäger durchgeföhrt wurde, konnte die benutzte Vervielfältigungsmaschine und weiteres belastendes Material gefunden und beschlagnahmt werden. Vorläufig sind zwei Flensburger Kommunisten, die in dem dringenden Verdacht stehen, bei der Herstellung von Rundschreiben, deren Inhalt ausschließlich an die Flensburger Polizei gerichtet war, beteiligt gewesen zu sein, wegen Vorbereitung zum Hochverrat festgenommen worden.

#### Durch leichtsinnige Spielfkameraden zum Krüppel geworden.

ENB Kassel, 10. Sept. (Eig. Meld.) Einige Knaben überredeten am Freitag den achtjährigen Sohn des Landwirts Fride in Weimar (Kreis Kassel), indem sie ihm Geldgeschenke versprochen, den eisernen Mast einer Starkstromleitung zu erklettern. Der Knabe kletterte an dem Mast in die Höhe, kam mit der Starkstromleitung in Berührung und stürzte ab. Er erlitt so schwere Verletzungen, daß ihm in einem Kasseler Krankenhaus beide Arme abgenommen werden mußten.

#### Der neue Bischof von Meißen

WTB Berlin, 12. Sept. Wie die Apostolische Nuntiatur mitteilt, hat der Papst den Propst von Magdeburg, Peter Logge, zum Bischof von Meißen in Sachsen ernannt.

#### Ueber eine Milliarde Schulden des Kreuger-Nachlasses.

Stockholm, 10. Sept. Das Verzeichnis über die Aktiva und Passiva des in Konkurs gefallenen Nachlasses von Kreuger wurde heute veröffentlicht. Die Schulden betragen 1 170 606 855 Kronen und die Aktiva nur 98 412 834 Kronen.

sicht hat, gemeinsam mit Frankreich wie mit anderen Staaten an diesem Werke zu arbeiten, über dieses Werk zu verhandeln und Besprechungen darüber zu führen, so ist nichts berechtigter, nichts wünschenswerter als das.

Diese Arbeiten, an denen Frankreich in aufrichtig liberalerem Sinne teilzunehmen gedenkt, würden es ermöglichen, festzulegen, welches die Rechtsstellung Deutschlands innerhalb einer allgemeinen, unter dem Schutze der Schiedsgerichtsbarkeit und der Kontrolle stehenden Friedensordnung sein soll.

In rechtlicher Beziehung hält die deutsche Regierung das Problem für gelöst.

Zu dieser Note konnte von der deutschen Regierung noch nicht Stellung genommen werden, da die Ereignisse der letzten Tage die erforderliche Prüfung nicht gestatteten. Es besteht jedoch der Eindruck, daß die französische Antwort nicht geeignet sei, den Abrüstungsgebanen zu fördern. Das Reichsministerium ist sich noch nicht schlüssig über das weitere Verfahren. Sollte sich jedoch die Lage ergeben, daß der Tatbestand für eine weitere Mitwirkung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz mit dieser französischen Antwort nicht gegeben ist, so würden die angekündigten Konsequenzen schon gegenüber dem am 21. d. M. zusammentretenden Büro der Konferenz gezogen werden. Deutschland würde aber auch dann die Arbeiten mit Interesse weiter verfolgen. Denn es sei möglich, daß die Abwesenheit Deutschlands von dieser Konferenz als ein Symptom für den Gang der Aufgabe fördernd auf deren Willen zur Lösung einwirken könnte.

#### Der „Schienen-Beppelein“

Der Einbau der Motorenanlage in den von allen Fachkreisen mit Spannung erwarteten Schnelltriebwagen der Reichsbahn geht bei den Maybach-Werken in Friedrichshafen seiner Vollendung entgegen. Von dort aus wird dann der Schnellwagen, der ja eigentlich aus zwei enggekuppelten und miteinander verbundenen Waggons besteht, noch einmal nach Görlitz fahren, wo er seinen endgültigen Anstrich erhält, nämlich violett bis zum unteren Fensterrand und silberfarben das Oberteil mit dem Dach. Ende Oktober wird der „Schienen-Beppelein“ der Reichsbahn voraussichtlich in Berlin eintreffen, um dann mit seinen Probefahrten auf der Hamburger Strecke zu beginnen, die inzwischen für diesen neuartigen Schnellverkehr entsprechend eingerichtet worden ist, indem man die Entfernung zwischen den Vorlagern und den Hauptsignalen von 700 auf 1200 Meter vergrößert hat. Auf diese Weise kann der Schnelltriebwagen, auch wenn er sich mit seiner voraussichtlichen Höchstgeschwindigkeit von 150 Stundenkilometern dem auf „Halt“ stehenden Vorignal nähert, noch rechtzeitig vor dem Hauptsignal zum Stillstand gebracht werden. Im allgemeinen soll der Schnellwagen, der über zwei Motoren zu je 410 PS. verfügt, eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 120 Stundenkilometern entwickeln, zumal er ja zunächst im regelmäßigen Fahrplan zwischen Berlin und Hamburg die Stelle eines FD-Zuges einnehmen soll. Die Zahl der Passagiersitze beträgt nach Fertigstellung der Innenausstattung des Schnelltriebwagens 102.

#### De Valera Präsident des Völkerbundes?

Der irische Ministerpräsident De Valera nimmt zum ersten Male an einer Völkerbundsitzung teil. Da aber Irland turnusgemäß jetzt einen Anspruch auf den Präsidentenposten hat, wird De Valera bei der am 23. September beginnenden Völkerbundsratsitzung gleich der Vorsitz zufallen.

# Der Mittelstand

Wochenbeilage für Handwerk, Handel und Gewerbe.

## Die Reichshilfe für Hausreparaturen.

Einmalig 10 Prozent.

Die erwarteten Bestimmungen über die Reichshilfe für Instandsetzung von Wohngebäuden und Wohnungsteilung sind in einem Erlass des Reichsarbeitsministers vom 20. Juli 1932 (IV Nr. 4419/32 Wo.) ergangen. Durch die Zinszuschüsse des Reiches soll die Inangriffnahme zusätzlicher Arbeiten gefördert werden, weswegen der Minister sich in seinem Erlass von dem Bestreben hat leiten lassen, „die Auswirkungen der Maßnahme im Interesse der Arbeitsbeschaffung möglichst wenig durch Auflagen und Bedingungen einzuschränken und damit abzuschwächen“. Die Länderergergungen werden gebeten, die örtlichen Verbände des Hausbesitzes bei der Durchführung der Maßnahmen heranzuziehen.

Der neue Erlass ist ergangen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung sowie zur Erleichterung der Wohlfahrtslasten der Gemeinden vom 14. Juni 1932, Viertes Teil Kapitel 3, Absatz 2, und bestimmt im Einvernehmen mit dem Reichsfinanzminister folgendes:

### A. Allgemeine Bestimmungen.

1. Zinszuschüsse können für Darlehen im Betrage von 1000 M und mehr gewährt werden, die für größere Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden und zur Teilung von Wohnungen aufgenommen sind. Die Wohngebäude und die Wohnungen müssen vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig geworden sein. Die in Satz 1 bezeichneten Arbeiten müssen nach dem 1. Juli 1932 und vor dem 1. April 1933 begonnen sein.

2. Das Darlehen muß ausschließlich für die in Ziffer 1 genannten Arbeiten verwendet sein. Der Nachweis über die Höhe der Darlehen, die aufgewendeten Kosten und die Art der Arbeiten soll durch Vorlage der Darlehenspapiere und der Rechnungen — der Handwerker, des Bauunternehmers, des Architekten, der Baupolizei, der Versorgungsbetriebe (z. B. Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke usw.) erbracht werden; auch kann eine Bescheinigung der Handwerkskammer, der Industrie- und Handelskammer oder eines vereinigten Bauwerksverständigen verlangt werden. Arbeiten, die in Schwarzarbeit ausgeführt sind, dürfen nicht berücksichtigt werden. Rechnungen sind daher nur anzuerkennen, wenn der Gewerbetreibende des Aufstellers polizeilich angemeldet ist; im Zweifel ist dies durch eine Bescheinigung der Gewerbebehörde, der Handwerkskammer oder der Industrie- und Handelskammer nachzuweisen.

3. Die Kosten der Arbeiten müssen angemessen sein.  
4. Die Kosten des Darlehens (Zins, Tilgung, Disagio usw.) dürfen die Markttätlichen Sätze nicht übersteigen.

5. Der Zinszuschuß wird einmalig gewährt und in einer Gesamtsumme nach Fertigstellung der Arbeiten ausgezahlt; er beträgt 10 v. H. des Darlehens.

6. Der Zuschuß wird auf Antrag des Grundstückseigentümers durch die oberste Landesbehörde oder eine von ihr zu bestimmende Stelle bewilligt.

7. Soweit von den Ländern für die Ziffer 1 genannten Zweite Darlehen oder Zinszuschüsse bereitgestellt oder hierfür Steuernachlässe gewährt werden, sind die vom Reich zur Verfügung gestellten Mittel für Zinszuschüsse so zu verwenden, daß grundsätzlich die Inangriffnahme zusätzlicher Arbeiten gefördert wird. Hiernach darf neben den aus öffentlichen Mitteln gegebenen Darlehen ein Zinszuschuß aus Reichsmitteln nicht bewilligt werden. Ob und inwieweit neben den nach Landesrecht zu gewährenden Zinszuschüssen oder Steuernachlässen zur Vermeidung von Unbilligkeiten oder zur Schaffung besonderen Anreizes für die Inangriffnahme bestimmter Arbeiten ein zusätzlicher Zinszuschuß aus Mitteln des Reiches zu geben ist, bestimmen die obersten Landesbehörden; sie können dabei bestimmen, daß in solchen Fällen die von dem Lande geforderten Voraussetzungen auch für den Zinszuschuß des Reiches gelten sollen.

### B. Sonderbestimmungen.

#### a) Instandsetzung von Wohnungen

1. Als größere Instandsetzungsarbeiten im Sinne dieser Bestimmungen gelten:  
Erneuerung der Dachrinnen und Abflusrohre, Umdecken des Daches, Abputz oder Anstrich des Hauses im Äußeren, Neuanstrich des Treppenhauses, Erneuerung der Heizanlagen, Befestigung von Hauschwämmen und ähnliche außerordentliche, einen größeren Kostenaufwand erfordernde Instandsetzungsarbeiten.

2. Enthält ein Gebäude neben Wohnungen auch gewerbliche Räume, so gilt es als Wohngebäude, wenn es überwiegend zu Wohnzwecken dient.

#### b) Teilung von Wohnungen.

1. Zinszuschüsse können gewährt werden, wenn durch die Teilung einer Wohnung zwei oder mehr Wohnungen geschaffen werden.

2. Jede Teilwohnung muß für sich abgeschlossen sein. Als abgeschlossen gilt eine Wohnung, wenn sie eigene Küche, die erforderlichen Nebenräume und, wo die Möglichkeit gegeben ist, einen eigenen Zugang hat.

### C. Schlußbestimmungen.

Die Länder können nähere Vorschriften zur Durchführung der vorstehenden Bestimmungen treffen.

Zu obigen Ausführungen sind inzwischen auch die preussischen Durchführungsbestimmungen erlassen worden, die wir nachfolgend veröffentlichen:

Nach Ziffer 7 der Bestimmungen ist durch die Zinszuschüsse des Reiches grundsätzlich die Inangriffnahme zusätzlicher Arbeiten zu fördern. Die Zinszuschüsse können deshalb nicht ohne weiteres da gewährt werden, wo bereits anderweitige Vergünstigungen eingeräumt sind. (Zur Zeit

kommen lediglich Ermäßigungen oder Erlass der Hauszinssteuer in Frage, und zwar bei Instandsetzungen auf Grund der Runderlasse des Finanzministers — R. V. 2. 1700/II B 4073 — vom 8. April 1927 (Ziffer 10 Abs. 3) und — R. V. 2. 2819/4000 — vom 2. Juli 1928, 24. September 1928, bei Unterstellungen auf Grund des Runderlasses des Finanzministers — R. V. 2 gen 70 — vom 10. März 1931 (Kapital III 2). Daher ist im Einzelfall eingehend zu prüfen, ob zur Vermeidung von Unbilligkeiten oder für Schaffung besonderen Anreizes für die Inangriffnahme der Arbeiten die Vergabe der Zinszuschüsse neben einer Hauszinssteuerermäßigung sich als notwendig erweist. In erster Linie kommt in Betracht die Gewährung eines Zinszuschusses des Reiches für die Instandsetzung von Wohngebäuden in Frage, wenn die Voraussetzungen für die Gewährung einer Steuerbegünstigung nach den obigen Landesvorschriften nicht reiflos erfüllt sind. Die Zinszuschüsse können im Rahmen der Bestimmungen für alle Darlehen gewährt werden ohne Rücksicht auf die Art der Geldquelle und die Sicherung des Darlehens. Auf diese Weise sollen möglichst alle bereiten Mittel für die Finanzierung der Arbeiten nutzbar gemacht werden. Darüber hinaus beabsichtigt der Reichsarbeitsminister, die Kapitalbeschaffung — und zwar im Wege der Gewährung von Wechselkredit — durch Uebernahme von Reichsbürgschaften gegenüber einzelnen Spitzeninstituten zu erleichtern. Nach Abschluß der Verhandlungen erfolgen hierüber nähere Angaben.

Ueber die Bewilligung der Zinszuschüsse des Reiches entscheiden auf Antrag des Grundstückseigentümers die Gemeinden (Gemeindeverbände), die bisher für die Verwendung von Hauszinssteuermitteln zur Instandsetzung bzw. Teilung von Wohnungen zuständig waren.

Zwecks Vereinfachung der Antragstellung ist dortseits ein Formular vorzuschreiben.

Ueber die Bewilligung der Zinszuschüsse des Reiches entscheiden auf Antrag des Grundstückseigentümers die Gemeinden (Gemeindeverbände), die bisher für die Verwendung von Hauszinssteuermitteln zur Instandsetzung bzw. Teilung von Wohnungen zuständig waren.

Zwecks Vereinfachung der Antragstellung ist dortseits ein Formular vorzuschreiben.

Ueber die Bewilligung der Zinszuschüsse des Reiches entscheiden auf Antrag des Grundstückseigentümers die Gemeinden (Gemeindeverbände), die bisher für die Verwendung von Hauszinssteuermitteln zur Instandsetzung bzw. Teilung von Wohnungen zuständig waren.

Ueber die Bewilligung der Zinszuschüsse des Reiches entscheiden auf Antrag des Grundstückseigentümers die Gemeinden (Gemeindeverbände), die bisher für die Verwendung von Hauszinssteuermitteln zur Instandsetzung bzw. Teilung von Wohnungen zuständig waren.

Ueber die Bewilligung der Zinszuschüsse des Reiches entscheiden auf Antrag des Grundstückseigentümers die Gemeinden (Gemeindeverbände), die bisher für die Verwendung von Hauszinssteuermitteln zur Instandsetzung bzw. Teilung von Wohnungen zuständig waren.

Ueber die Bewilligung der Zinszuschüsse des Reiches entscheiden auf Antrag des Grundstückseigentümers die Gemeinden (Gemeindeverbände), die bisher für die Verwendung von Hauszinssteuermitteln zur Instandsetzung bzw. Teilung von Wohnungen zuständig waren.

Der Rechnungshof des Deutschen Reiches und der Reichsarbeitsminister haben sich ausdrücklich vorbehalten, die Verwendung der Reichsmittel für Zinszuschüsse nach vorheriger Verständigung des Landes durch Beauftragte nachprüfen zu lassen. Deshalb ist dafür Sorge zu tragen, daß die bei den Gemeinden (Gemeindeverbänden) zu schaffenden Unterlagen vollständig sind und insbesondere die Erfüllung sämtlicher in den Bestimmungen enthaltenen Voraussetzungen für die Vergabe der Zinszuschüsse einwandfrei erkennen lassen. Darüber hinaus ersuche ich Sie, sich durch Stichproben von der ordnungsmäßigen Anwendung der Bestimmungen zu überzeugen und etwaige Verstöße rechtzeitig abzustellen.

Auf den dortigen Bezirk entfällt insgesamt ein Betrag von . . . der nach dortigem Ermessen auf die Gemeinden (Gemeindeverbände) zu verteilen ist. Hierbei ist von den bedachten Gemeinden (Gemeindeverbänden) eine schriftliche Verpflichtungserklärung des Inhalts abzugeben, daß die Bestimmungen des Reiches und Preußens gewissenhaft innegehalten werden.

Zum 28. September 1932, 28. März 1933 und 28. Juni 1933 ist mir zwecks Anordnung der Barmittel die Zahl der Bewilligungen und des Gesamtbetrages der Zinszuschüsse, getrennt nach Instandsetzungen und Unterstellungen, zu berichten, und zwar nur, soweit es sich um inzwischen fertiggestellte Arbeiten handelt. (vergleiche Ziffer 5 der Bestimmungen.)

Ueber die Verrechnung der Beträge erfolgt besondere Weisung.

## Einchränkung der Lehrlingshöchstzahlen im Schreinerhandwerk.

Der Minister für Handel und Gewerbe hat durch Verfügung vom 21. 5. 1932 — Fr. Nr. III b 1763 Hm. — folgende Bestimmungen über die Höchstzahl der Lehrlinge im Tischlerhandwerk genehmigt:

„Ein Meister, der allein arbeitet oder bis zu 4 Gesellen beschäftigt, darf 2 Lehrlinge halten. Der 2. Lehrling darf jedoch erst dann eingestellt werden, wenn der 1. Lehrling sich im 3. Lehrjahr befindet. Meister, die mehr als 4 Gesellen beschäftigen, können bei durchschnittlicher Beschäftigung von

|                      |             |
|----------------------|-------------|
| 5—8 Gesellen         | 3 Lehrlinge |
| 9—15 Gesellen        | 4 Lehrlinge |
| 16 und mehr Gesellen | 5 Lehrlinge |

beschäftigen.

## Die Neuordnung der Wirtschaft.

Ein bemerkenswerter Schriftwechsel zwischen Katholischem Gesellenverein und dem Reichsverband des deutschen Sandwerks

In mehreren Aufsätzen haben wir in dieser Beilage bereits darauf hingewiesen, daß heute große Auseinandersetzungen über eine Neuordnung der Wirtschaft, vor allem in Handwerk und Mittelstand, sich abspielen, die in mittelständischen Kreisen größte Beachtung verdienen. Zur Klärung dieser Auseinandersetzungen dürfte auch der veröffentlichte Schriftwechsel zwischen dem Katholischen Gesellenverein und dem Reichsverband des deutschen Handwerks dienen. Untenstehend veröffentlichen wir diesen Schriftwechsel, betonen aber, daß diese Veröffentlichung keine Stellungnahme zu den darin enthaltenen Gedanken bedeutet. Wir behalten uns vor, demnächst auf diesen Schriftwechsel an dieser Stelle noch näher einzugehen.

Es heißt in dem Brief:  
„Das deutsche Handwerk hat auf Grund seiner geschichtlichen Tradition, als Hüter des deutschen Genossenschaftsgeistes die große Sendung, alten deutschen Geist auf neuen Wegen zu einem inneren Neuaufbau unseres Volkes zur Auswirkung zu bringen. In der schon bestehenden Verfassung des deutschen Handwerks finden sich nicht nur Anknüpfungspunkte, sondern wertvollste Grundlagen für die Erfüllung jener berufsständischen Ziele, die im Artikel 165 der Reichsverfassung dem deutschen Volk verheißen sind. Wenn in Veröffentlichungen, die von führenden Männern des deutschen Handwerks ausgehen, eine Inkorporierung der Gewerbetreibenden durch Pflichttinnungen gefordert wird, so unterliegen wir diese Forderung durchaus.“

Besonders liegt uns jedoch am Herzen eine Frage, die vom Handwerk selbst als Neuland bezeichnet wird, nämlich die paritätische Vertretung der selbständigen Gewerbetreibenden im Handwerk und der darin unselbständig Tätigen, aber durch ihre Handwerkslehre gebildeten Arbeitnehmer, d. i. der Gesellen. Verschiedene Möglichkeiten der praktischen Verwirklichung mögen hier gegeben sein. Erwägenswert scheint uns der Vorschlag, für die im Handwerk tätigen Gesellen durch freie Wahl eine eigene Gesellenkammer ins Leben zu rufen. Die aus Gesellen- und Meisterkammer gebildete Handwerkskammer soll dann die berufsständischen Fragen des Handwerks nicht nur in der Heranbildung des Nachwuchses, sondern auch auf dem Gebiete der Produktion, sowie auch in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen in einer vom Staat gestützten Selbstverwaltung zur Durchführung bringen.

Als sachliche Vertretungen der Gesellen müssen die Gewerkschaften anerkannt werden, die als eine Organisation der in den Handwerksbetrieben befindlichen Arbeitnehmer die wirtschaftliche und berufliche Vertretung derselben behalten müssen. Da aber für die Durchführung eines berufsständischen Aufbaues es vor allem auf Berufsgeist und Genossenschaftsgeist ankommt, müssen die Verbände, die die

Pflege eines solchen Berufs- und Gemeinschaftsgeistes als ihre erste Aufgabe betrachten, den berufsständischen Vertretungen angeliebert werden.“

In der Antwort des Reichsverbandes des deutschen Handwerks hieß es:

„Die zahlreichen Berührungspunkte, die von jeher zwischen den religiös-ethischen Forderungen der Kirche und insbesondere der katholischen Gesellenvereinigungen einerseits und der beruflich-ethischen Einstellung des Handwerks zu den Fragen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens bestanden haben, sind zur Genüge bekannt. Im gegenwärtigen Zeitpunkt darf besonders auf die erfreuliche weitgehende Übereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen hingewiesen werden, die hinsichtlich der Reform unserer Wirtschaftsverhältnisse bestehen. Wir glauben und wünschen, daß vereinzelte Abweichungen, die hinsichtlich der Beurteilung gewisser Einzelfragen bestehen, viel stärker zu einer fruchtbaren Weiterentwicklung des Berufsstandesgedankens führen werden, als das sie einer weitgehenden Verständigung hindernd im Wege stehen.“

Wenn der gegenwärtige Zeitpunkt auf der einen Seite für die Verwirklichung der Berufsständeidee besonders geeignet erscheint, während er gleichzeitig auf der anderen Seite ihr besondere Schwierigkeiten in den Weg stellt, so hält es das Handwerk für seine Pflicht unbeeinträchtigt durch die wechselnde Tagesmeinung den Weg des korporativen Zusammenchlusses weiterzugehen, der ihm aus der Ueberlieferung vorgezeichnet ist. In der Tat steht augenblicklich die Frage im Vordergrund, wie die Herbeiführung einer berufsständischen Gemeinschaftsarbeit zwischen Meistern und Gesellen praktisch ermöglicht werden kann. Die von uns seiner Zeit aus Anlaß der Aufstellung einer Reichshandwerksordnung gemachten Vorschläge sind leider unberücksichtigt geblieben. Es wird der sorgfältigen Prüfung aller vorhandenen Möglichkeiten bedürfen, um den geeigneten Weg zu finden, auf dem sich der Gedanke der Gemeinschaftsarbeit verwirklichen läßt. — Die Aufmerksamkeit des Handwerks ist dieser Frage nach wie vor im besonderen Maße gewidmet.

Was die von Ihnen in verbindender Form vertretene Forderung betrifft, wonach die Gewerkschaften als sachliche Vertretung der Gesellen anerkannt werden müssen, so scheint uns gerade dieser Punkt der dringlichsten Erörterung bedürftig zu sein. Wie Ihnen bekannt ist, sind wir der Auffassung, daß sowohl für die Klassenmäßige wie für die ständische Durchgliederung der Wirtschaft das Prinzip der Ausschließlichkeit maßgebend sein muß. Das bedeutet, daß nach unserer Meinung eine klare grundsätzliche Entscheidung herbeigeführt werden muß, ob die Wirtschaft nach Marktparteien organisiert bleiben oder nach Berufsständen neu gegliedert werden soll. Wir sind mit Professor Bauer der Ansicht, daß diese Frage vorrangig geklärt werden muß.“

# Aus Westdeutschland.

## Zuchthausstrafe für Ladendiebstahl.

W. Düsseldorf, 12. Sept. Das Düsseldorf'sche Schöffengericht verurteilte am Samstag den 36 Jahre alten Schlosser Wawzinski wegen Raubüberfalls zu drei Jahren Gefängnis und den 34 Jahre alten Dreher Siebelbach wegen desselben Delictes zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Wawzinski war noch nicht vorbestraft, während Siebelbach schon 12 Vorstrafen, darunter Zuchthaus, verbüßt hat.

Am Montag des 5. Juli brangen die Räuber unter der Maske von Käufern in ein Goldwarengeschäft in der Altstadt ein, schlugen die Inhaberin, eine 36 Jahre alte Frau, nieder und knebelten sie. Nachdem sie die Goldschmuckstücke herausgerissen hatten, raubten sie das Geschäft aus. Goldwaren im Einkaufswerte von 6000 RM fielen ihnen in die Hände.

## Um die Verbesserung des Zugverkehrs im Westen.

W. Essen, 6. Sept. Der Verkehrsverband Industriebezirk e. V., Essen, hielt gemeinsam mit den Industrie- und Handelskammern von Bonn, Gladbach-Rheydt-Neuß, Hagen, Koblentz, Köln und Wuppertal eine Fahrplanbesprechung ab, in der die Westdeutsche Interessengruppen der Umgestaltung und Verbesserung der Schnellzug- bzw. Eilzugverbindungen Ruhr-Mittelrhein-Gebiet-Südwestdeutschland behandelt wurden. Die sich aus der Verminderung der Zugleistungen im Winterfahrplan 1932/33 für Westdeutschland ergebenden Fahrplanverschlechterungen wurden im einzelnen besprochen, wobei zum Ausdruck kam, daß auch bei vollem Verständnis für die Postbeförderung wichtigen Schnellzüge D 364/63 Dortmund-München im Hinblick auf deren gute Benutzung nicht verstanden sei. An die Reichsbahn wurde ein entsprechendes Ersuchen gerichtet. Weiterhin waren der Versuch der Reichsbahndirektion Essen, auf bestimmten Strecken die Zugfolge außergewöhnlich zu verdichten, die Möglichkeiten einer allgemeinen Fahrplanverbesserung durch die Einführung neuer Triebwagentypen und die zukünftige Entwicklung der Sommerurlaubsartenfrage Gegenstand der Erörterungen.

## Der beschwippte Stier.

Duisburg, 8. Sept. Ein nicht alltäglicher Vorfall spielte sich im Duisburger Schlachthof ab. Als der Stier einer Großschlachterei geschlachtet werden sollte, riß sich das Tier trotz der starken Seile, die von mehreren Leuten gehalten wurden, los und stürzte über den Hof. Er drückte die zur Kantine führende Tür auf und stürzte durch eine offene Luke in den unter der Kantine gelegenen Bierkeller. Bei dem Fall warf der Stier ein großes Bierfaß um und zerriß die Bierleitung. Ein im Keller beschäftigter An-

streicher hatte den Raum gerade verlassen, so daß ein Unglück vermieden wurde. Der Stier, wahrscheinlich durch den Alkoholdunst betäubt, ließ sich, fromm wie ein Lamm, mit Ketten aus dem Keller ziehen und zur Schlachtbank führen.

## Schwerer Autouzusammenstoß.

W. Krefeld, 12. Sept. Sonntag nachmittag stieß im Stadtteil Fischeln ein Auto mit einem Motorrad zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurde der Motorradfahrer Alois Palacat aus Wüllich bei Krefeld auf der Stelle getötet, während die Sozialfahrerin, eine Frau Müller, ebenfalls aus Wüllich, mit schweren Verletzungen ins städtische Krankenhaus in Krefeld eingeliefert worden ist.

## Ein Spartaftendirektor verhaftet.

W. Grevenbroich, 12. Sept. Der Leiter der Kreisspartafasse des Kreises Grevenbroich-Neuß, Direktor Heidekamp, wurde am Samstag verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Gladbach eingeliefert. Schon seit einigen Tagen lief in Grevenbroich das Gerücht um, daß bei der Kreisspartafasse etwas nicht stimme. Am Samstagvormittag in Grevenbroich, an dem sonst die meisten Büros geschlossen sind, wurde eine eingehende Revision der Kreisspartafasse durchgeführt. Samstag vormittag wurde Direktor Heidekamp, der erst kürzlich von seinem Urlaub zurückgekehrt war, von zwei Beamten in seiner im Spartaftengebäude gelegenen Wohnung verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis überführt. Nach den bisherigen Feststellungen handelt es sich nicht um Unterschlagungen, sondern um eigenmächtige und verlustbringende Kreditgewährung. Es besteht die Gefahr, daß die Kreisspartafasse durch diese Kreditgeschäfte einen erheblichen Verlust erleiden kann.

## Von der Siebengebirgsbahn tödlich überfahren.

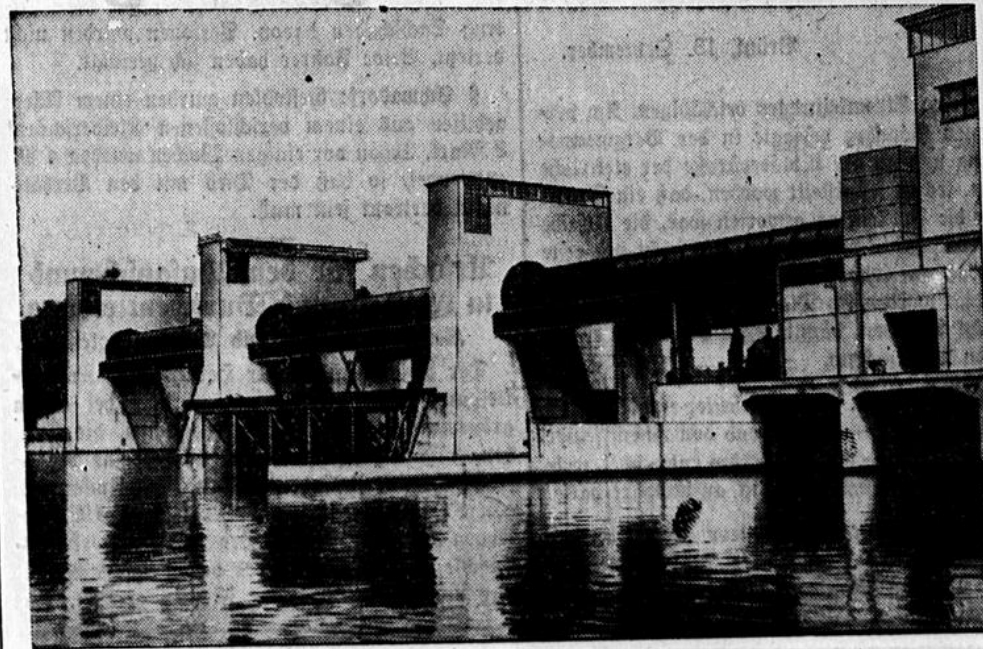
W. Oberkassel, 12. Sept. Gestern nachmittag wurde der Polizeioberwachmeister Groß aus Oberkassel von der Siebengebirgsbahn überfahren und getötet. Groß befand sich mit seinem Rade auf einer Dienstfahrt und glaubte, vor dem Zuge die Gleise noch überqueren zu können, wurde aber erfasst und von zwei Wagen überfahren.

## Schweres Autounglück.

W. Dinslaken, 12. Sept. In der Nacht zum Sonntag ereignete sich auf der Lotterstraße ein schweres Unglück, das sich die Fahrer selbst zuschreiben haben, da sie in einem nicht ganz nüchternen Zustand die Fahrt angetreten hatten. Das Auto raste mit voller Wucht gegen einen Dächmann und wurde schwer beschädigt. Während der Fleischereimeister Tedenberg mit leichten Verletzungen davontam, fand sein Begleiter den Tod.

## Bierköpfige Schmugglerbande verhaftet.

W. Bad Godesberg, 13. Sept. Gestern Morgen nahmen Zollbeamte mit Hilfe der Godesberger Polizei eine vierköpfige Schmugglerbande, drei Männer und eine Frau, fest. Die Schmuggler kamen mit einem Kraftwagen von der Grenze her, ein Motorradfahrer, der den Kraftwagen begleitete, sollte als Aufpasser fungieren. Die Zollbeamten übertraten die



## Europas modernste Stauanlage.

Die Staustufe Frankfurt-Griesheim der künftigen Rhein-Main-Donau-Großschiffahrtsstraße, die in wenigen Tagen in Betrieb genommen wird und die modernste Anlage dieser Art in Europa darstellt.

Betrieb genommen wird und die modernste Anlage dieser Art in Europa darstellt.

Schmuggler. Während der Kraftwagenführer den Wagen sogleich anhielt, versuchte der Motorradfahrer zu entkommen. Auch einige von den Beamten abgegebene Schüsse konnten ihn nicht von der Flucht abhalten. Er wurde jedoch in Godesberg gestellt und festgenommen. Auf dem Wagen fand man eine große Menge Zigarettenpapier, Tabak, Kaffee und Kakao.

## Eine Autodiebesbande unschädlich gemacht.

W. Siegen, 12. Sept. Die Kriminalpolizei konnte eine Diebesbande unschädlich machen, die seit Wochen Garagen erbrochen und wertvolle Personenkraftwagen gestohlen hat. Bei den Verhaftungen handelt es sich um drei Personen aus Siegen. Ferner wurden zwei in Holland ansässige Helfer ermittelt. Einer konnte festgenommen werden; nach dem zweiten wird noch gefahndet. Der Bande fallen außer zwei Tankstelleneinbrüchen und mehreren Motorradiebstählen Garageneinbrüche und Autodiebstähle in sieben Städten, darunter Siegen und Dillenburg, zur Last. Ein Teil der gestohlenen Kraftwagen wurde in Holland beschlagnahmt.

Feuerwehr gegen Polizei — als der Brandstifter festgenommen werden sollte.

W. Marburg, 8. Sept. Das hiesige Schöffengericht mußte sich in einer umfangreichen Verhandlung mit sieben Einwohnern aus Holzhausen bei Gladbach (Kreis Wieden) beschäftigen, die des Landdiebstahls angeklagt waren. Ihnen wurde zur Last gelegt, gegen Landjäger vorzugehen zu sein, die den mutmaßlichen Brandstifter festnehmen wollten. Darnach protestierte eine große Menschenmenge dagegen, daß man den Brandstifter zum Verhör nach Gladbach überführte. Viele Feuerwehrleute legten ihre Uniformröcke sowie Ausrüstungsgegenstände ab und warfen sie in das Auto der Landjäger. Auch wurde zum Umwerfen des Autos aufge-

fordert. Nur mit Mühe gelang es, den Festgenommenen, der durch die Vorfälle entprin-gen konnte, wieder zu ergreifen und nach Gladbach zu bringen, wo sich später seine Unschuld herausstellte. Sechs Angeklagte, meist Mitglieder der Ortsfeuerwehr, erhielten je sechs Monate Gefängnis, während einer freigesprochen werden mußte. Man billigte ihnen Bewährungsruf bei Zahlung von Geldbußen von 50 bis 80 RM zu.

## Wetterausblicken.

Nach dem Einbruch kühler Meeresluftmassen, die gestern früh bereits fast ganz Deutschland überflutet hatten, kam es zunächst unter Abflauen des Sturmes zu stärkerem Aufreißern der Bewölkung; tagsüber stellte sich dann mit böigem Wind Schauern ein. Eine Beruhigung der Wetterlage ist noch nicht zu erwarten. Vorerst bilden sich in der Rückseitenströmung kleinere Wirbel. Später ist mit Einsetz neuer Sturmwirbel zu rechnen.

Vorhersage für Dienstag: Herbstlich kühl und windig, stark wechselnde Bewölkung, zeitweise Neigung zu Niederschlag, meist in Schauern.

## Handel und Wirtman.

### Köln-Schlachthofmarkt.

Köln, 12. Sept. Antrieb 1993 (zuletzt 1474) Stück Großvieh, und zwar 488 (235) Ochsen, 685 (393) Bullen, 599 (698) Kühe, 210 (127) Färsen, 11 (21) Ferkel, 1230 (1144) Kälber, 144 (95) Schafe, 5633 (5682) Schweine.

|                                                               | 12. 9. | 5. 9. |
|---------------------------------------------------------------|--------|-------|
| <b>Ochsen</b>                                                 |        |       |
| vollfleischige, ausgemästete                                  |        |       |
| 1. jüngere                                                    | 31-34  | 34-37 |
| 2. ältere                                                     | —      | 30-32 |
| sonstige vollfleischige                                       |        |       |
| 1. jüngere                                                    | 26-30  | 30-33 |
| 2. ältere                                                     | —      | 26-29 |
| fleischige                                                    | 23-26  | —     |
| gering genährte                                               | —      | —     |
| <b>Kühe</b>                                                   |        |       |
| jüngere vollfleischige                                        | 22-25  | 25-29 |
| sonstige vollfleischige                                       | 18-21  | 20-24 |
| fleischige                                                    | —      | —     |
| gering genährte                                               | —      | —     |
| <b>Kälber</b>                                                 |        |       |
| jüngere vollfleischige                                        | 28-32  | 30-33 |
| sonstige vollfleischige                                       | 23-27  | 25-29 |
| fleischige                                                    | 18-22  | 20-24 |
| gering genährte                                               | 13-16  | 14-18 |
| <b>Ferkel</b>                                                 |        |       |
| vollfleischige, ausgemästete                                  | 30-33  | 32-35 |
| vollfleischige                                                | 24-29  | 25-30 |
| fleischige                                                    | —      | —     |
| <b>Ställe</b>                                                 |        |       |
| mäßig genährtes Jungvieh                                      | 18-24  | 20-26 |
| <b>Kälber</b>                                                 |        |       |
| Doppelender                                                   | 58-70  | 60-70 |
| beste Mast- und Saugkälber                                    | 48-53  | 50-55 |
| mittlere Mast- und Saugkälber                                 | 38-46  | 40-48 |
| geringere                                                     | 23-36  | 30-38 |
| <b>Schafe</b>                                                 |        |       |
| Mastlamm u. jung. Masthammel                                  | 30-32  | 30-33 |
| 1. Weibemast                                                  | —      | —     |
| 2. Stallmast                                                  | —      | —     |
| mittlere Mastlamm, alt. Masth., gut genährte Schafe Sauglamm. | 24-28  | 24-28 |
| fleischiges Schafvieh                                         | —      | —     |
| gering genährtes Schafvieh                                    | —      | —     |
| <b>Schweine</b>                                               |        |       |
| a) über 300 Pfd. Lebendgewicht                                | 44-47  | 42-46 |
| b) 240-300 "                                                  | 43-47  | 42-47 |
| c) 200-240 "                                                  | 43-47  | 42-47 |
| d) 160-200 "                                                  | 40-45  | 40-45 |
| e) 120-160 "                                                  | 38-42  | 38-42 |
| f) unter 120 "                                                | —      | —     |
| Sanen                                                         | 34-40  | 34-41 |

Marktverlauf: Großvieh, beste Stalltiere, auch noch höher bezahlt, langsam bei fraglicher Räumung; Kälber und Schafe ruhig, geräumt; Schweine schlecht.



## Ein Film von dem Freiheitskämpfer Theodor Körner.

Theodor Körner (Domgraf-Fahnenberg) trägt seinen Kameraden eines seiner zündenden Kriegerlieder vor. Auf das Spinnet gestützt der Turnvater Jahn (Wolfgang von Schwind). Das Leben des Freiheitskämpfers und Freiheitsdichters Theodor Körner, der voll atemberaubender Begeiste-

rung in den Kampf gegen die französischen Unterdrücker hinausging und am 26. August 1813 bei Gräbenbusch für sein Vaterland in den Tod ging, schildert ein neuer Film, der den patriotischen Stoff historisch getreu nachzeichnet.

## Gewinnauszug

6. Klasse 39. Preussisch-Süddeutsche (266. Preuss.) Staats-Lotterie.

Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Die Ziehungstag 12. September 1932  
der heutigen Schluss-Ziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

2 Gewinne zu 1000 RM. und 2 Prämien zu 500000 RM.  
auf Nr. 341976

Gewinnzahlen:

2 Gewinne zu 50000 RM. 157099 159593 324640  
6 Gewinne zu 5000 RM. 88199 159593 324640  
12 Gewinne zu 3000 RM. 12802 74804 85000 107613  
214401 340125  
26 Gewinne zu 2000 RM. 1923 27714 88108 105932  
105988 136670 147091 159594 261157 271231  
301968 325292 336700  
40 Gewinne zu 1000 RM. 6519 7814 13621 14397  
32602 53758 56179 57823 68708 100433 115319  
163471 191872 271482 282643 303610 328891  
336893 368234 386478  
72 Gewinne zu 500 RM. 567 1212 29465 31835  
37965 47909 65593 81277 138457 138788 159912  
182617 173997 194552 202186 211056 218501  
218783 250182 251284 254247 282676 280839  
281333 294753 308086 310039 324434 327030  
338089 349809 353924 363781 384677 385117  
394460

## Schlussprämien.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei Prämien zu je 3000 RM. gefallen, und zwar je eine auf die Lose gleicher Nummer in den Abteilungen I und II:

13408 46034 68592 103139 108536 113963 118802  
122874 129077 131980 134561 136180 140432  
144457 155141 161135 165029 172364 175886  
184376 194701 201385 222276 228112 231002  
249234 255591 266698 271949 273347 276132  
277529 281969 282078 292256 299792 308068  
308479 309420 314376 317444 323293 332869  
338089 349809 353924 363781 384677 385117  
394460

Die Ziehung der 1. Klasse der 40. Preussisch-Süddeutschen (266. Preuss.) Staatslotterie findet am 21. und 22. Oktober 1932 statt.

Die 500 000 Mark-Prämie der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie gezogen.

W. Berlin, 12. Sept. In der Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie entfiel die Prämie von 500 000 Mark auf das mit 1000 Mark gezogene Los Nummer 341 976. Das Los wurde in der ersten Abteilung in der Provinz Brandenburg, in der zweiten Abteilung in Westfalen in Achtelefen gespielt.

# Brühl und Umgebung

Brühl, 13. September.

.: **Keine Stromleitungen beschädigen.** Am vergangenen Sonntag verfuhr in der Bergmannsiedlung und an der Vöblarerstraße der elektrische Strom. Es ist festgestellt worden, daß ein Draht, der in die Freileitung geworfen war, die Ursache des Uebels war. Es ist dies nicht der erste Fall, daß auf solche Weise die elektrische Leitung beschädigt worden ist. Die Polizei bittet um sachdienliche Angaben, damit gegen die Täter eingeschritten werden kann.

.: **Geldbetrug.** Einem Arbeiter eines hiesigen Betriebes wurde — anscheinend von einem seiner Arbeitskollegen — ein Geldbetrag entwendet, welchen er unter einem Strohhut aufbewahrt hatte.

.: **Autofahrer.** Gestern stießen an der Ecke Vöblarer und Bingsdorfer Straße ein Person- und ein Lieferauto zusammen. Letzteres

brach Sachschaden davon. Personen wurden nicht verletzt. Beide Fahrer haben sich geeinigt.

§ **Schwabach:** Gestohlen wurden einem Arbeiter aus einem verschlossenen Kleiderschrank 8 Mark. Schon vor einigen Wochen wurden 4 M. entwendet, so daß der Dieb mit den Verhältnissen vertraut sein muß.

## Ursachen für den Umsatzzwund in Knaben- und Jungschenkleidung

Der Reichsbund für Herren- und Knabenkleidung G. B., Berlin, veranstaltete bei einem größeren Preis von Mitgliedsfirmen, die Knaben- und Jungschenkleidung führen, eine Kundfrage über die Umsatzentwicklung. Die Umsatzzwund im Jahre 1931 im Vergleich zu 1928 betragen durchschnittlich 45 Prozent. Die Vorkriegsumsätze wurden auch in der besten Nachkriegszeit nur von einem Teil der Firmen erreicht. Als

Grund für die Rückgänge kommt in erster Linie der Geburtenrückgang in Frage. Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren betrug

1913: 22,4 Millionen  
1927: 15,8 Millionen  
1931: 15,1 Millionen.

Mindestens ebenso bedeutsam für den Umsatzzwund ist die schlechte Wirtschaftslage und nicht zuletzt der Modewechsel.

Die Eigenherstellung in der Familie, die nach der Inflation stark zurückgegangen war, ist seit der Krisenzeit bei kleinen Größen wieder etwas im Steigen begriffen. In ländlichen Bezirken — besonders in ausgesprochen katholischen Gegenden — legt man noch größeren Wert auf den sogenannten „Sonntagsanzug“, während in Großstädten Jungschen oftmals sonntags wie werktags dieselbe Kleidung tragen. Auch besser gestellte Leute zeigen hier eine große Gleichgültigkeit im Bezug auf den Zustand der Kleider ihrer Kinder. Obwohl die Kundschafft beim Einkauf anspruchsvoller geworden ist als vor dem Kriege, hat die Nachfrage nach besserer Qualitätsware in letzter Zeit nachgelassen. Die hohe Wertsteigerung nach dem Kriege macht es möglich, daß in normalen Zeiten der Geburtenrückgang durch eine vermehrte Nachfrage nach fertiger Kinderkleidung ausgeglichen wird, da vor dem Kriege die Eigenherstellung sowie die Maßanfertigung eine größere Rolle spielte als heute. Fast allgemein wird betont, daß heute das Kind einen weit größeren Einfluß auf die Auswahl des Kleidungsstückes hat als in der Vorkriegszeit. Die Preise für Knaben- und Jungschenkleidung haben eine so starke Reduzierung erfahren, daß eine Eigenanfertigung — abgesehen von den Vorzügen — sich als zu kostspielig erweisen dürfte.

## Briefkasten.

Auskünfte unter dieser Rubrik werden nur Bezirgern der B. Z. erteilt und sind unverbindlich. Anfragen sind nur schriftlich unter Nennung des Namens und Beifügung der Dittung einzureichen. Anfragen durch Fernsprecher können nicht beantwortet werden.

D. Z. B. Kierberg. Kann ich, nachdem ich ein Rechtsmittel wegen Ausföhrungslosigkeit zurückgenommen habe, dies widerrufen, wenn ich nachträglich erfahre, daß doch Aussicht auf Erfolg besteht? — Sie haben gegen die Steuerföhrung ein Rechtsmittel eingelegt, dieses dann aber wieder zurückgenommen, weil Sie glaubten, nicht durchzudringen. Darauf haben Sie erfahren, es sei keineswegs aussichtslos, das Rechtsmittel einzulegen. Sie können die Zurücknahme nicht widerrufen, der Grund, aus dem die Rücknahme erfolgt ist, ist gleichgültig. Hat der Pflöchtige ein

## In schweren Zeiten zeigt sich's erst recht, wie wichtig Kaffee Hag für Herz und Nerven ist.

mal das Rechtsmittel gegen einen Steuerbescheid eingelegt, so muß er es sich vorher genau überlegen und eventl. darüber unterrichten, ob die Durchföhrung im Rechtsmittelföhrung wirklich erfolglos sein wird.

## Deutsche Benediktiner in Palästina

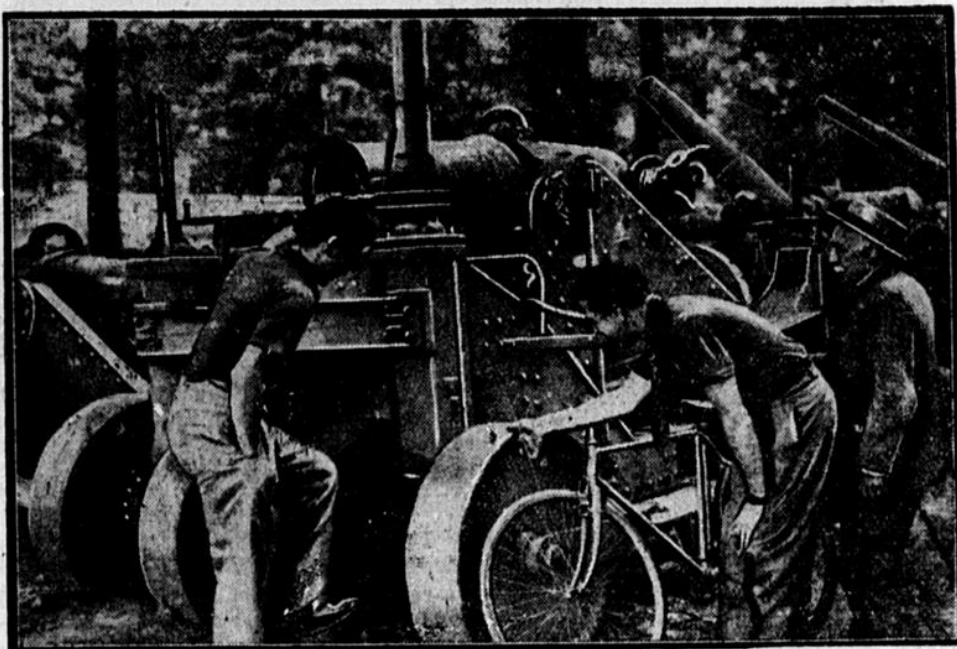
D. Z. B. Aus Jerusalem wird dem Deutschen Auslands-Institut berichtet:

Auf dem Berge Zion steht eine Abtei der deutschen Benediktiner von Beuron. Die Benediktiner erteilen Unterricht im großen Patriarchatsseminar von Jerusalem. Der lateinische Patriarch selber ist Italiener, Umgangssprache und Unterrichtssprache in der Schule sind Italienisch oder Lateinisch. Die deutschen Benediktiner haben sowohl die Gymnasialfächer wie auch die theologischen Vorlesungen. Die von ihnen ausgebildeten jungen Priester finden in ganz Palästina und Transjordanien Anstellung und bleiben mit ihren deutschen Lehrern und Erziehern in Verbindung. Auch außerhalb der Lehrtätigkeit sind die deutschen Benediktiner vielfach tätig. So ist der 77-jährige Vater Mauritianus Gieseler von der arabischen Regierung als Stadtbaumeister in Bet' Jala angestellt. In Sarona hat ein deutscher Priester mit zwei deutschen Laienbrüdern eine Orangen- und Bananenfarm als Musterwirtschaft eingerichtet. Die Benediktiner haben ferner ein Museum mit vielen seltenen archäologischen Schätzen geschaffen. Auch die Kunstphotographieverföhrte der deutschen Benediktiner vom Sionskloster ist weit und breit bekannt.

## Sport

Fr. Turn- und Spielverein Brühl — Arbeiter-Spielklub Bingsdorf 2:1. Sofort beim Anstoß geht B. forsch vor, doch durch geschickte Verteidigung und den Torwart, der einen großen Tag hatte, ist die Ausbeute bis zur Pause bloß 1:0. Nach demselben kommt Bingsdorf selten über seine Hälfte hinaus, eine Vorlage vom rechten Verteidiger schießt Halbrechts zum 2:0 ein. Unverständlicher Weise gibt Schierl einen Ekser, welcher verwandelt wird. B. verdammt die knappe Niederlage seinem Hüter. — Brühl's Reserve gewann hoch 8:2.

Verantwortlich: Peter Becker, Brühl.  
Rotationsdruck und Verlag „Brühler Zeitung“  
Buchdruckerei P. Becker GmbH, Brühl.



## Jedem seine eigene Kanone!

In dem Pariser Vorort Fontainebleau fand vor einigen Tagen eine sehr originale Versteigerung statt: 21 Kanonen aus dem Museum der französischen Artillerieschule wurden meistbietend ver-

steigert. Allerdings scheinen alle Kanonen kein gutes Handelsobjekt zu sein, denn nur vier Stück wurden verkauft. Auch der Preis von 100 Mark für diese vier Stück muß niedrig genannt werden.

## Das 1. Jahrgedächtnis

für meinen lieben Gatten, unsern guten Vater, Herrn

Ignaz Severin

findet am Mittwoch, dem 14. September morgens 8.15 Uhr in der Pfarrkirche statt; wozu freundlichst einladet:

Frau Ignaz Severin und Kinder.

## Eckhaus

an Hauptstraße gelegen, 6 große Zimmer, 3 kl. Räume, große Diele zum 1. November eventl. früher beziehbar billig zu verkaufen oder zu vermieten.

Anfrage unter B G 3030 an d. Gesch.

## Eifel-Verein

Ortsgruppe Brühl

## Nachmittags-

## Wanderung

Mittwoch, 14. Sept. 1932

Brühl — Dörschhof —

Sechtem — Walberberg

Brühl.

Wanderführ.: Etwa 9 km.

Führung: E. Dreßen.

E. Kramann.

Abmarsch: 14.30 Uhr

Wartausgang nach Galtent.

Am Samstag 17. Sept.

Brühl — Walberberg —

Alfter — Brühl.

Wanderführ.: Etwa 12 km.

Führung: Tholen.

Abmarsch: 14.30 Uhr

Wartausgang Schloßstr.

Fahrtpreis für Rückfahrt

Alfter-Brühl RM 0.80.

Gäste willkommen!

Um rege Beteiligung

bittet:

Der Vorstand.

## 2 Zimmer-Wohnung

II. Etg., zum 1. Oktober

zu vermieten.

Angeb. erbeten unter

A 8 303 an die Geschf.

Schöne, abgeschlossene

I. Etage

3 Zimmer, Küche und

eingestrich. Badezimmer

in ruh. Hause Hermann-

straße 36, zum 15. Oktober

zu vermieten.

Näheres: Uhlfstraße 62.

2 schöne Zimmer

zu vermieten. Bingsdorf,

Schiffersgasse 15 a.

3 Zimmerwohnung

Kölnstraße, per sofort

zu vermieten. Mietpreis

RM 32.—

Anfragen: Herzog,

Gartenstr. 6.

Abgebl. 2. Etage

2gr. Zimmer, Küche, Bad

u. Nebenr. ab 1. Nov. evtl.

später zu vermieten.

Sermannstraße 28.

## Kenner kaufen Kölner Küchen.

denn diese sind das Ideal der Hausfrauen

## Formvollendet

in der äußeren Ausführung

## praktisch

und sauber in der inneren Ausstattung,

## modern

im besten Sinne des Wortes, dabei jetzt so

## billig

wie nie zuvor. — Wir veranstalten eine

## Werbewoche

für Kölner Küchen und gewähren bis Samstag, den 24. September staunend niedrige

## SONDERPREISE

Beachten Sie bitte unsere Ausstellungen

Brühler Möbelhaus

Gebrüder Zingsheim

## Stets Gelegenheitskäufe

in neuen u. gebrauchten

## Möbeln

und Sachen aller Art

nur bei:

Anna Andree, Bings-

dorferstr. Ecke Vöblarerstr.

Eilt!

Wer leiht 50 Mk. gegen

gute Sicherheit u. Zinsen.

Anna u. A. B. 3037 a. d. Geschf.

## Holländische Erstlinge

späte Kartoffeln und

Heu abzugeben.

Schall, Kierberg.

Herren-Ballonrad

Muttermaschine

äußerst billig zu ver-

kaufen evtl. auch gegen

Teilzahlung.

Reinhold Fröde,

Mechaniker,

Kölnstr. 83.

## Mädchen

18 Jahre (Stör.) m. gut

Benannt sucht Stelle zum

15. 9. od. 1. 10 in Brühl od.

Umgebung. Werte Ang.

an Erna Schwarzlos in

Weilerhof, Böhmen/Brühl

Serrenpaleto

fast neu, mittlere Figur

für 25.— zu verkaufen.

Kaiserstraße 37 I.

Elberne

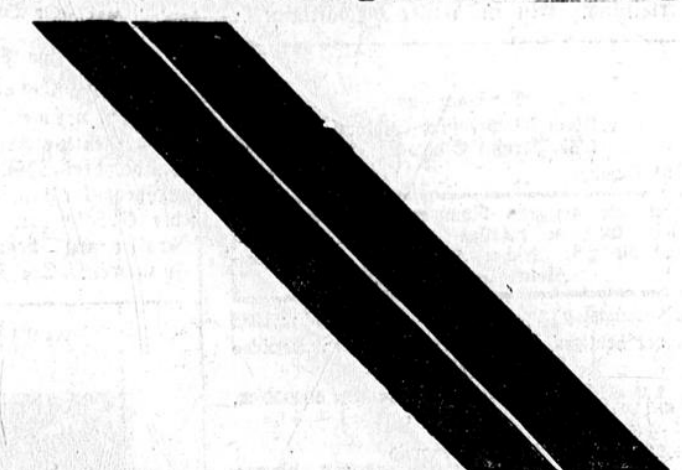
Armbanduhr

verloren. Gegen Belö-

nung abzugeben.

Am Brühl-Band 8. 7.

## VERBINDUNGSLINIEN mit der kaufkräftigen Bevölkerung



## stellt die Zeitungs-Anzeige her!

Schöne 3 Zimmerwohnung an ruh. Leute zu verm. Kierberg, Talstr. 11.

## Haus

in Badorf, groß 240 am

8 Zimmer zum Preise

von 3000 RM zu verlauf.

Evil. Anzahlung 1500 RM.

Angeb. unter B G 3031

an die Geschäftsstelle.

3000.- Mk.

an 2. Stelle auf Geschäfts-

haus in Brühl, Haupt-

straße gesucht.

Angeb. unter B G 3032

an die Geschäftsstelle.

Kaufhaus

für billige

gebrauchte

Möbel.

Vorrätig gute 1, 2 und 3

türige Kleiderchränke,

Waschkommoden m. Mar-

mor u. Spiegel, Tische,

Stühle, Plurarderoben,

3 einfache billige Küchen.

S. Bähr, Brühl

28 Wallstraße 28.

Kaufhaus für billige gebrauchte Möbel.

Vorrätig gute 1, 2 und 3

türige Kleiderchränke,

Waschkommoden m. Mar-

mor u. Spiegel, Tische,

Stühle, Plurarderoben,

3 einfache billige Küchen.

S. Bähr, Brühl

28 Wallstraße 28.

Kaufe fortfl. alte Herde,

wenn auch reparatur-

bedürftig.

Wegen Raumangel

zu verkaufen. Eine Wasch-

maschine mit Motor, ein

Handschrank mit Stehlampe

2 große Bilder.

Mühlenstraße 61.

Holländische Erstlinge

Meiboden, allerfröbste

Klasse A und B

Theo Vering,

Badorf, Fernruf 2794.

Wollen Sie?

Gegenstände des täglichen

Bedarfs, wie neue und ge-

brauchte Einrichtungsge-

genstände, Hausgeräte u.

dergl. preiswert unter der

Hand einkaufen und ver-

kaufen, dann geben Sie

eine kleine Anzeige auf

in der weitverbreiteten

„Brühler Zeitung“

Bel Kopfschmerzen, Influenza helfen sicher

Präphenon Migränapulver RM 0.50 und 1.—

Alte Kurfürsten-Apotheke am Markt.